

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6706.

Inserions-Gebühr beträgt für die halbspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Dr. J. G. B. J. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

An die Parteigenossen!

Der Parteivorstand hat beschlossen, die Rede unseres Parteigenossen August Bebel, welche derselbe am Freitag, 3. Februar, im Reichstage gehalten hat, in Massenausgabe herzustellen und unentgeltlich als Flugblatt zur Vertheilung gelangen zu lassen.

Wir ersuchen deshalb unsere Vertrauenspersonen, sich mit den Genossen an den einzelnen Orten zu verständigen über die Zahl der Flugblätter, welche sie in ihrem Orte oder Kreise zur Verbreitung zu bringen gedenken.

Die Bestellungen sind möglichst rasch und spätestens bis zum 20. Februar an die Adresse von

J. Auer, Berlin SW., Rappachstr. 9,

zu richten.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß später eingehende Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Berlin, 6. Februar 1893.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten ein:

a) An freiwilligen Beiträgen:

München 100.—, Altenburg inkl. Eisenbahn 17,90, Berlin, Wahlkreis 1. Kreis 100.—, 2. Kreis 600.—, 4. Kreis Südost 460,85, 5. Kreis 100.—, 6. Kreis: Dranienburger Vorstadt und Wedding 982,85, Schönhauser Vorstadt 184,70, Rosenthaler Vorstadt 213,20, Noabit 50.—, Berlin, div. Beitr.: P. S. 100.—, A. S. 100.—, Rote Buchbinder aus der Grünstraße 10.—, Dr. A. H. 20,05, Von den Arbeitern der Firma G. L. u. Söhne, W. Straße 40.—, Gefangenen-Verein „Liedesfreiheit“ 80.—, J. D. 42 3,50, Amerikanische Auktion 2.—, Rotes Weichen 10.—, Andreas B. 20.—, Bahrenhofer Tonne, Dranienstraße 1,50, M. B. 75.—, J. B. 25.—, Rote Sänger 90.—, Ständchen des „Roten Rod“ 3.—, Kontobuch Arbeiter, Kochstraße 5.—, Personal des „Vorwärts“ 300.—, Dr. H. B. 20.—, A. G. 3.—, Raufe 5.—, S. G. W. 5,25, Vom Teufel 5.—, A. J. J. Französischer 2.—, Durch Presse gef. b. Geburtst. Uferstr. 2,50, Gef. b. d. Abscheiden unseres Freundes L. S. bei D. Sch. 4,05, Ungenannt 1.—, D. Langestr. 10.—, Rauchklub „Blaue Quaste“ 3.—, Weihnachtsvergügen bei Tempel 6,30, Neujahr aus der Lößener Schweiz 1,25, J. W. 53 5.—, Gesammelt bei M. und D. durch St. 40.—, Gefangenen-Verein S. G. 30.—, Ein Freizeiter 2,40, Ein Räthsel 7,25, Buntstätt i. Th. R. S. 3.—, Warby a. G. 15.—, Bremerhafen, Rote Brüder 2,05, Bremerhafen, von den Rothern b. Bier 2,80, Bergfelde, Männer-Gefangenen-Verein 1881 50.—, Wingen, gesammelt in Kladesheim 1,50, Warmen 100.—, Bremen G. B. 5.—, Charlottenburg, W. R. 5.—, Cottbus, Neustädterstr. 333 6,50, Dresden, Rother Otto 3.—, Dresden, Ertrag einer Christbaumauktion 15,30, Dresden, Rote Lithographen und Steinbrücker, gesammelt im Café König 5.—, Döbeln, durch S. 10.—, Eppen-

dorf, Sparklub Freiheit 20.—, Ernstthal in Sachsen 15.—, Elberfeld, von einem Nebenbuhler 1.—, Erlangen 10.—, Eibenstock, gef. auf einem munteren Familienabend 4,00, Freiberg, sieben rothe Frauen 3.—, Freystadt i. Schl., amerit. Auktion einer Christbaumkr. 3,40, Flensburg 20.—, Falkenberg 2.—, Gießensmünde, Rote Brüder, gef. auf 3 Geburtstagsfeiern 14,30, Gößnitz 7.—, Gens, Deutscher, 70.—, Glauchau, Ertrag einer amerit. Auktion 8.—, Gera, Ueberschuss der „Reichlichen Tribüne“, 100.—, Geynau i. Schles., Gesangverein Niedertranz, 15.—, Glastedt b. Bremen, 50.—, Hamburg, 2 Klempner Kersten's Neubau 3.—, Hamburg, F. H. 6, Gemüthlicher Pseifenklub Waaterfant Einsbüttel 76,70, Hamburg I: Klub Freizeiter 40.—; Bau Freizeiter, Wenden- und Sachsenstraße 40.—, Hannover-Münden, Uebersch. eines Schuhmacherträngchens 3,95; A. S. 15.—, Hof, Zimmer vorwärts trotz alledem 6.—, Kirchberg, 15. Sächs. Wahlkreis 8,10, Lichtenstein-Gallenberg, amer. Auktion Sylvesterfeier Arb.-G. B. „Hoffnung“ 4,67, Luxemburg 100.—, Lützenwalde, Gefangenen-Verein Sängerkunst 10.—, Leipzig, Westb. 200.—, Leipzig, G. B. 20.—, Nizza, Professor 37,15, Rehschau i. B. 80.—, Nordische Wasserlante 20 000.—, Neustadt in Oberschlesien, Zigaretten 2.—, Nisch in Sachsen 10.—, Pforzheim, Genossen im Thal 10.—, Pforzheim Brechelversteigerung 3.—, Pieschen b. Dresden von einigen Borgellern 5.—, Radeberg, Rote 3,54, Ronndorf, Ueberschuss vom Fest des Sängerbundes 125.—, Ronneburg 10.—, Reichenbach i. Schl., „Gleichheit“, Ueberschuss vom Sylvesterträngchen 10.—, Ronndorf, W. G. 11,50, Radow-Greifenhagener Wahlkreis 50.—, Schönfeld b. Leipzig 30.—, Schmöln 10.—, Stuttgart, aus Schwaben 70.—, Stettin, amerit. Aukt. auf d. Weihnachtsverg. d. Deutsch. Metallarb.-Verb. 7,10, Velbert 20.—, „Vorwärts“, 4. Qu. 9670,05, Velbert, Sylvester-Familienabend, amerit. Aukt. 8,55, Wehlar, die alte Tante 3,50, Wellingdorf in Holstein 80.—

b) Für Raifeitzzeichen:

Hannover 105.—, Würzburg 15,50.

Im Dezember v. J. sind noch eingegangen bei dem Genossen Bebel von den Arbeitern der Genossenschaftsbäckerei für Berlin und Umgegend 85,30.

In der Quittung vom 8. Januar d. J. muß es heißen statt Jenseit und Genossen Insel und Genossen 4,65.

Berlin, den 4. Februar 1893.

Für den Parteivorstand
H. Gerisch, Rappachstr. 9, I.

Der Kampf für die kaufmännische Sonntagsruhe.

Fortlaufend sind an dieser Stelle seit Monaten die Vorleser besprochen worden, welche das gewinngründigere Krämerthum mit oder ohne Kapital — in diesem Falle sind die Großen und die Kleinen einig! — gegen die seit dem 1. Juli v. J. eingeführte kaufmännische Sonntagsruhe gemacht hat. Eigentlich ist von einer richtigen Sonntagsruhe überhaupt keine Rede gewesen; die „Ruhe“ bestand für die vielgeplagten Verkäufer, Ladnerinnen und Lehrlinge immer noch in ganzen fünf Stunden erlaubter Arbeit, die nur ganz vereinzelte Städte (Berlin natürlich nicht) auf drei oder zwei Stunden durch Ortsstatut ein-

schränkten. Auch die „unglückselige“ Ministerialanweisung vom 10. Juni v. J. (so hat sie das Kapitalistenblatt „Kölnische Zeitung“ kürzlich in beispiellos frecher Sprache genannt) vermochte es trotz ihrem sonntagsruhefreundlichen Inhalt nicht durchzusetzen, daß den Klaven des Krämerthums wenigstens überall der Nachmittags freigehalten wurde. An vielen Orten legten die Polizeibehörden die fünf Arbeitsstunden doch bis Nachmittags 2 und 3 Uhr, zu Weihnachten, am „heiligen Feste“, wurden der Profitjucht vom christlich-sozialen Staat die vorhergehenden Sonntage geopfert, und Herr Stöcker hat sich nun auch als der Sozialreformer entpuppt, der er immer war: weil ihm die magere Sonntagsruhe nicht die Kirchen füllt, pfeift er auf das Gesetz und breitet segnend die Hände über die sonntägliche Ausbeutung der Kommiss.

Nun ist auch der Urheber der „unglückseligen“ Ministerialanweisung zu Gunsten der Sonntagsruhe aus dem Reichsamt des Innern weg auf unbestimmten Urlaub gegangen, und sein kapitalistisch besser geschulte Nachfolger hat jetzt die neueste Verfügung in die preussischen Lande geschickt, die „eine Erörterung der Beschwerden“ der großen und kleinen Krämer „herbeiführen“ will und unter diesem unschuldigen Deckmantel den Wink an die Behörden verbirgt, die fünf Beschäftigungstunden so zu legen, daß sie nach dem Schlusse des vormittägigen Hauptgottesdienstes beginnen, also im allgemeinen auf die Zeit von 11 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags oder von 12 Uhr Mittags bis 5 Uhr Nachmittags. Eine solche Festsetzung würde den Vortheil bieten, daß die bei der gegenwärtigen Regelung durch die Rücksicht auf den Hauptgottesdienst gebotene Unterbrechung der Arbeitszeit wegfallen könnte. Die Verkürzung des freien Nachmittags würde ferner die Freigebung des Vormittags zur Folge haben. Dagegen würde es von Nachtheil sein, daß diese Festsetzung mit dem Nachmittags-Gottesdienste meist kollidiren und voraussichtlich nicht alle Handelszweige befriedigen würde, da für einzelne, namentlich die Lebensmittelhandlungen, die Vormittagsstunden nur schwer entbehrt werden können.“ Solche Rathschläge giebt der Staat der „christlichen Sozialreform“ bezüglich der Sonntagsruhe den Unterbehörden! Und damit das „Rückwärts, rückwärts“ sich recht glatt vollziehen kann, werden inzwischen in der Reichskommission für Arbeitsstatistik die mageren Ergebnisse der ebenen Reichsenquete über die wöchentliche Arbeitszeit im Handelsgewerbe zurückgehalten, nicht veröffentlicht und nicht auf die Tagesordnung der Beratungen gesetzt, die in diesen Tagen wieder begonnen haben. So beugt sich Staat und offizielles Christenthum konsequent und systematisch vor dem Profit. Es wäre eben doch zu scheußlich, wenn auf der einen Seite trotz der Mangelhaftigkeit der Reichsenquete festgestellt worden müßte, daß der Handlungsgehilfe oft 80—90 Stunden in der Woche schafft, und wenn man gleichzeitig der Sonntagsausbeutung wieder Thür und Thor öffnete. Man trennt also klüger die beiden eng zusammengehörigen Dinge.

Schon hat der Wink von Oben die schönsten Folgen

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

18

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Der naheliegende Ausweg für uns,“ fuhr er fort, alle mit seiner lauten Stimme bederrschend, „ist der Umsturz des politischen Despotismus, und das thut vor allem Noth. Wille, die Vukland lieben, müssen uns beistehen, und die es unterlassen, sind Verräther an der Sache des Volkes!“

Er blickte gerade Ostrogorsky an, damit dieser sich nicht irre, auf wen dieses Wort gemünzt war.

„Was könne das Volk von der Bourgeoisverfassung gewinnen, um welche ihr kämpft?“ Der unerschrockene, kleine Mann schrie in den höchsten Tönen, indem er seinen kleinen Körper dem hoch gewachsenen Gegner gegenüberwarf, wie ein Zwerghuhn gegen einen großen Bullenbeißer. „Sie haben alle Rücksicht auf das Volk vergessen, weil Sie eben ein Bourgeois sind. Das behaupte ich!“

„Blick her, Freunde,“ sagte David, auf die Straße hinunterweisend, „hier ist eine Feuerspritze. Werdet nicht so wild, sonst wird der Wirth den Schlauch auf Euch richten.“

Keiner schenkte ihm die geringste Aufmerksamkeit. Sein Spott auf die Disputirenden verfehlte seine Wirkung, so daß er schwieg.

Die Debatte ging in derselben heftigen Weise fort; sie

beruhigten sich erst, als auf beiden Seiten allmählig eine Ermüdung eintrat, als das oratorische Pulver zum größten Theile verpufft war. Während der Diskussion hatten sie alle ihre Plätze gewechselt. Jetzt stand Sasepin am Tische, während Ostrogorsky im Eifer der Rede ihn am Kocknopfe festhielt.

„Lassen Sie mich einige Worte sagen, um Sie zu überführen, Sasepin,“ sagte Ostrogorsky in sanftem, überredendem Tone. „Die Geschichte Europa's lehrt uns, daß alle großen Revolutionen ...“ Und dann begann er seine Thesen ausführlich zu entwickeln. Sasepin hörte aufmerksam zu, seine Gestalt war kerkengerade, das Haupt ein wenig gebeugt, die Augenbrauen leicht zusammengezogen; seinem Gesichte nach zu urtheilen war es wahrscheinlich, daß der Samen von Ostrogorsky's Weisheit auf steinigem Boden gefallen war.

„Freunde,“ unterbrach sie David, auf die Uhr blickend, „Euer Zug geht in weniger als zwei Stunden ab. Es ist Zeit, an eure leiblichen Bedürfnisse zu denken. Dies ist ein Punkt, in dem Ihr alle übereinstimmen werdet, hoffe ich.“

Er ging die Treppe hinunter, um seine Weisungen zu geben, während Ostrogorsky sich entfernte, um eine russische Banknote zu wechseln.

Andrej freute sich über die günstige Gelegenheit, seine Ansichten auseinanderzusetzen zu können, welche, glaubte er, nur verstanden werden mußten, um allgemein angenommen zu werden. Denn sein „Programm“ hatte er sorgfältig vor seiner Abreise ausgearbeitet. Da war für alles und jedes Platz. Sasepin hörte aufmerksam zu.

„Das wird nie glücken,“ rief er, ohne einen Moment zu zögern, energisch den Kopf schüttelnd, aus. „Warum nicht?“ fragte Andrej.

Sasepin antwortete nicht sofort. Er sammelte seine

Gedanken und suchte nach Worten, um sie klar darzulegen. Andrej war ein Freund und er meinte es ernst mit der Sache. Er wollte ihr auf den Grund gehen und nicht nur des Justizens und Parirens wegen weiter diskutieren. Da plötzlich fuhr ihm ein Gedanke durch's Hirn. Sein Gesicht erglühte.

„Sie wünschen also, daß wir Hand in Hand mit den Liberalen gehen sollen,“ stieß er hervor, Andrej scharf ins Auge fassend. „Wenn diese uns aber ruhig zu sehen wünschen, werden wir ihnen folgen? Nein und abermal nein! Wir werden niederstechen, niederschleßen, in die Luft sprengen, und mögen dabei alle Memmen zum Teufel gehen.“

Für Bekräftigung schlug er dabei mit der Faust auf den Tisch, daß derselbe beinahe darst.

„Nein, Andrej,“ sagte er ruhiger hinzu, „Ihr Eklektizismus reicht nicht aus.“

„Was sagen Sie dazu,“ fragte Andrej das Mädchen. „Ich denke, daß wir nur auf uns selbst zählen und unsere eigenen Wege gehen sollen. Diejenigen, welche unsere Ziele anerkennen, werden uns folgen,“ antwortete sie, während die Röthe der Erregung ihr Gesicht übergoß.

In ihrer Antwort lag nichts, was man nicht von Hundert anderen hören konnte, doch fiel der ernste, mehr als bloß aufrichtige Ton dem erfahrenen Ohre Andrej's auf. Bis zu diesem Moment war er ganz überwältigt worden durch das Vergnügen mit wirklichen Russen zusammenzutreffen. Er hatte das scheue Mädchen, welches sich wenig an der Diskussion betheiligte, kaum bemerkt. Jetzt, da der Instinkt des Menschenfischers in ihm erweckt war, blickte er sie mit größerer Aufmerksamkeit an. Ihr frisches, jugendliches Gesicht war intelligent und ernst; ihre glänzenden kastanienbraunen Augen waren meist auf den Boden

gezeitigt. Die Agitation der Krämmer für die Ausdehnung der Sonntagsarbeit bis 4 oder 5 Uhr Nachmittags ist im herrlichsten Gange. Sie nahm schon vor der neuesten Verordnung ihren Ausgang aus dem Bezirk des Königs Stumm, aus dem Regierungsbezirk Trier. Dort hat es die Saarbrücker Handelskammer, an deren Spitze Herr v. Stumm steht, schon vor Wochen fertig gebracht, auf dem Umwege eines Ortsstatuts, mit welchem die sonntägliche Arbeitszeit eigentlich eingeschränkt werden soll, die Beschäftigung der Gehilfen und die Öffnung der Läden bis 4 Uhr Nachmittags auszudehnen. Es ist so bezeichnend wie nur irgend möglich, daß das Königreich Stumm an der Spitze dieser Bewegung marschierte. Dasselbe System, das die Arbeiter knebeln möchte zu willenlosen Heloten, das muß auch seine feindliche Spitze gegen die Kräfte des Handels führen. Ist's auch Wahnsinn, so liegt doch Methode darin. Hoch lebe König Stumm und die Sonntagsarbeit — so heißt jetzt die Parole. In Oberbayern und in Unterfranken, im Eyde des wackeren bairischen Freisinn's, umgeht man seitdem das Reichsgesetz einfach dadurch, daß man Ausnahmen bis in's Unendliche gewährt und die Arbeitszeit bis Abends 7 Uhr gestattet. In Hessen haben es die Zigarrenhändler ebenfalls erreicht, daß ihnen die Ausbeutungsfreiheit für den ganzen Sonntag Nachmittag wiedergegeben wurde. In Köln rüht sich die Handelskammer, die Arbeitszeit von 11—4 Uhr Nachmittags durch eine Eingabe beim Minister durchzusetzen. Die kaufmännische Profitwuth feiert überall ihre Orgien.

So ist es denn wieder einmal den Gehilfenorganisationen, seien sie politische Vereine oder unpolitische Gewerkschaften vorbehalten, für den Kulturfortschritt, für den Schluß aller Handelsgeschäfte spätestens Mittag 12 oder 1 Uhr einzutreten, und zwar einzutreten mit aller Kraft, die ihnen zu Gebote steht. In der kommenden Woche werden Versammlungen zu solchem Zwecke im ganzen Reich stattfinden. Sie mögen ihre ganze Wucht konzentrieren auf die eine Forderung: der Sonntag-Nachmittag muß frei bleiben, und wir müssen allmählig zur gänzlichen Sonntagsruhe kommen. Wir rathen den Gehilfen, von anderen Wünschen abzusehen, wo es gilt, zunächst die eine, große Gefahr zu bekämpfen: den Verlust des Sonntag-Nachmittags. Wie ein Ruf nach ein Entrüstungsschrei muß es durch das ganze Reich hallen: der Handelsgewerbe braucht den freien Sonntag-Nachmittag seiner Menschenwürde halber, und diejenigen, welche diese Forderung bekämpfen, sind seine natürlichen Feinde! Mögen die Handelsgewerkschaften, die so sehr geneigt sind, bängliche Rücksichten zu nehmen, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit für sich und ihren Stand thun!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar.

Der Reichstag hat gestern die Debatte über den Zukunftsstaat richtig noch nicht zu Ende gebracht. Nachdem unser Genosse Bebel auf die während der dreitägigen Debatte erfolgten Angriffe der Bacher, Richter, Stumm etc. in trefflicher Rede geantwortet und vor allem die zahllosen Verdrehungen und falschen Unterstellungen zurückgewiesen hatte, trat der Zentrumsritter Dr. Bacher zum dritten Male in die Arena, um seine Rede noch einmal — das dritte Mal innerhalb der wenigen Tage — zu halten. Nach Bacher machte Richter den Versuch, die Reputation seiner Spar-Agnes wieder herzustellen und außerdem gab er wiederholt seinem Anmuthe darüber Ausdruck, daß seine sozialistischen tödlichen Angriffe von unseren Genossen nicht mit dem gebührenden Zittern und Jagen aufgenommen werden. Daß diese Wirkung durch die Richter'schen Reden in unseren Reihen nicht erzielt wird, ist richtig, aber das liegt eben an dem Werth dieser Reden, nicht aber an unserer Verstocktheit. Richter hat zwar gemeint, wir hätten nicht den Muth, zuzugestehen, daß im sozialistischen Zukunftsstaat die Aktien keinen Werth mehr behielten und die Sparkassen-Einlagen nicht mehr zurückbezahlt würden. Aber selbst wenn alles das wirklich für die sozialdemokratische Gesellschaft zutrifft, so übernimmt diese andererseits doch auch die Verpflichtung, für ihre Mitglieder zu sorgen. In der heutigen, von Richter so warm verteidigten

gehet. Ihre kleine, doch energische Gestalt war mit dem einfachen schwarzen Anzug bekleidet, welcher der hartarbeitenden Nihilistenschwärmerei gemeinsam ist. Beim Mittagessen fragte er sie über ihre Arbeit und ihre Pläne, und es stellte sich heraus, daß sie Mitglied eines geheimen Studentenklubs sei, welcher zur Selbst-erziehung organisiert war. Es wurde ihm nicht schwer, zu errathen, daß sie der leitende Geist sei. Ihre augenblickliche Absicht war, ihre Studien irgendwo in der Schweiz zu vollenden. Andrej rieth ihr, es in Genf zu versuchen, woselbst sie alles, was sie wünschte, bereit finden würde. Zur besseren Einführung gab er ihr ein Empfehlungsschreiben an Lena mit.

Die Abreise war auf vier Uhr festgesetzt. David gab seinen Freunden noch alle nöthigen Informationen und zeigte sich in jeder Hinsicht höflich. Aber seine frühere mütterliche Sorgfalt war verschwunden. Sie waren nicht mehr seine ausschließlichen Schützlinge; seine ganze Sorgfalt und Pärtlichkeit übertrug er jetzt auf Andrej.

Sie gingen beide nach dessen Wirthshaus und kamen überein, dort zusammen zu wohnen. Da sie den ganzen Sonnabend in der Stadt zubringen mußten, wollte David Schmal sagen lassen, daß er Sonntag Morgens bereit sein solle.

„Nicht früher?“ fragte Andrej.
„Nein; denn wir haben die Sache mit einem Juden zu ordnen,“ erklärte David. „Auf dieser Seite ist aber ein Mann, den ich sprechen kann, wenn Du willst?“

Andrej sagte, daß er es sehr gern sehen würde. David lehnte bald mit der guten Nachricht zurück, daß ein gewisser Schmidt (ein Schmuggler deutscher Ursprungs) in der Stadt wäre und sie, wenn es ihnen beliebe, noch in dieser Nacht über die Grenze schaffen würde. Andrej stimmte dem Vorschlage ohne weiteres zu, denn er brannte vor Ungeduld, nach St. Petersburg zu gelangen. Auch David hatte es sehr eilig, da eine Masse Arbeit seiner wartete. Man schickte eine Wolschaft an Schmidt, und zur rechten Zeit erschien denn auch der Schmuggler.
Es war ein dicker, schwerfälliger Mann, gleich einem

Gesellschaft gehen durch Gründungsschwindel und Jobberei doch auch Tausende und Millionen an Aktienbesitz verloren, und ebenso ist so mancher Spargroschen, den vertrauensdußelige Gemüther fortschrittlichen Genossenschaftsgründungen anvertrauten, verloren gegangen, ohne daß die auf diese Weise Scrupulen etwas anderes hatten, als das Nachsehen und nicht selten sogar den Spott derjenigen, welche die Kupferei inszenierten. Daß der Redner es sich auch heute wieder nicht entgehen ließ, an einzelne aus ihrem Zusammenhange gerissene Sätze aus dem Bebel'schen Buche: „Die Frau“ seine Klagen anzuhängen, wollen wir nicht weiter erörtern, da Herr Richter es unlieb vermerkt hat, daß wir lesthin schrieben, er hat gute und schlechte Wähe gemacht. Im übrigen waren auch heute wieder alle Redner der gegnerischen Parteien festest davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie jetzt wirklich und wahrhaftig todt geredet sei. Das wievielte Mal dies unserer Partei jetzt passiert ist, ist uns augenblicklich nicht im Gedächtnis, daß es aber jetzt das ganz letzte Mal ist, haben uns Bacher, Stumm, Leuschner, Richter und noch einige andere Redner versichert. Also! —

Einem wüthenden Meute, der man ihre Beute zu entreißen droht, gleichen in den mehrstündigen Debatten gegen die Sozialdemokratie sämtliche „Ordnungsparteien“ des Ganzen von Richter bis Stöcker, von Leuschner bis Bacher und Dize. Dieses rührende Einvernehmen von Parteien, die sich sonst gegenseitig aufs heftigste beschden und einander vorwerfen, den Staat für ihre Sonderinteressen auszubeden, ist bezeichnend genug und beweist, wie sehr die Sozialdemokratie im Rechte ist, daß sie den Klassenstaat aufzuheben strebt. Mag Eugen Richter die agrarischen Junker und Schnapsbrenner immerhin beizichtigen, daß sie in schamloser Weise den Staat als Ausbeutungssubjekt benutzen, sich hohe Kornzölle und Schnapsprivilegien bewilligen lassen, mag umgekehrt von agrarischer Seite auf Eugen Richter der Vorwurf geschleudert werden, daß er die Geschäfte der Börsenjuden und Finanzwucherer betreibe, im Kampf gegen die Sozialdemokraten richten sich Richter und Stöcker die Hand. Die Ultramontanen und die Kulturkämpfer waren auf einmal ein Herz und eine Seele, und sie sangen vereint das Loblied der Ausbeutung und Volksverdummung. Mochte die gegenseitige Feindschaft noch so groß sein, mochten sie sich täglich und stündlich in den Haaren liegen um den größeren oder geringeren Antheil an der Beute, hier lag die Gefahr nahe, daß der Staat, um den sie sich zerfleischten, überhaupt der Ausbeutung durch einzelne Klassen entrisen werden sollte. Die Beschuldigungen, welche die Parteien gegen einander sonst erheben, sind nicht etwa geringfügiger und unerheblicher Natur, sondern sind so schwerwiegend, daß man eine Versöhnung oder Vereinbarung der Streitenden, falls sie ehrliche und anständige Männer sein wollen, gar nicht für möglich halten sollte. Was sie zwang, gemeinsame Sache mit einander zu machen, das war eben die Ueberzeugung von der eigenen Unrechlichkeit. Die Sozialdemokratie erschien ihnen in dem ganzen Schreden des jüngsten Gerichts; sie sahen vor sich das Ende der Ausbeutung; die Herfleischung des Staates und der Gesellschaft durch einzelne privilegierte Klassen. Sie glaubten wunder wie scharf die Sozialdemokratie zu treffen, wenn sie von ihr ein Bild des Zukunftsstaates etwa nach Art der Richter und Gregorowitschen Nachwerke verlangten. Die Sozialdemokraten thaten ihnen den Gefallen nicht. Für sie und alle ehrlich denkenden bedeuete es bereits einen himmelweiten Fortschritt, wenn der Staat den Ausbeutungsgelüsten einzelner Klassen entgegen wird, denn dann ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, in ehrlicher Weise an den Aufbau gedeihlicher Staats- und Gesellschaftsverhältnisse zu denken.

Die Herren Wehner, Stumm, Bacher, Richter, Stöcker, Dize, Leuschner — welche rührende Gemeinschaft, bei der ihnen selbst schmilzt ums Herz werden muß! Da umarmen sie sich als Brüder und überbieten sich in Schmähungen gegen die Sozialdemokratie, die doch bei allem ihrem Eifer nicht an diejenigen hinarreichen, mit denen sie sich gegenseitig zu überhäufen gewöhnt sind. Was die Herren Bacher und Dize immer auch gegen die Sozialdemokratie vorbringen mögen, noch niemals hat Einer die Sozialdemokraten der Schandthaten beschuldigt, deren die Ultramontanen, Jesuiten und die meisten Päpste von ihren kulturkämpferischen Bundesgenossen beschuldigt werden. Die Herren mögen es nachlesen in den gegenwärtig erschienenen Artikeln der „Germania“,

Bauern gekleidet, mit einem gutmüthigen, ehrlichen, deutschen Gesichte. Er grüßte Andrej höflich und machte einige Bemerkungen über das Wetter. Dann ging er gerade auf die Sache los und sagte ihnen, daß Alles bereit wäre.

Unglücklicher Weise schien es ihm, daß der junge Herr zu viel Gepäc habe. Ein Revolutionär, der ins Land geht, muß im Gegensatz zu einem, der das Land verläßt, gut gekleidet sein und nicht mit leeren Händen kommen. David widersetzte sich jedem Aufschub, damit der junge Herr nicht den Zug veräume.

Eine kurze und schnelle Erörterung entspann sich zwischen Schmidt und Andrej in deutscher Sprache, welcher David nicht folgen konnte. Er verstand jedoch, daß es zu ihrer beiderseitigen Zufriedenheit endete. Der Deutsche warf Andrej's Reisefac mit einer Hand über die breite Schulter, und sie gingen gerade auf sein Haus zu.

Es war ein kleines zweistöckiges Häuschen mit einem blühenden Vorgärtchen. Frau Schmidt, eine statliche Frau im mittleren Alter, die eine weiße Haube trug, wurde vorgestellt und bot Erfrischungen an.

„Wo ist Hans?“ fragte Schmidt. Hans war soeben aus der Abendsschule zurückgekehrt und wechselte seinen Anzug.

Er kam auf des Vaters Ruf die Treppe herunter — ein pausbäckiger, blondhaariger Knabe von zwölf Jahren in breiten Hosen und kurzer, knapper Jacke, deren Nähte unter dem Druck seiner wachsenden Glieder fast barsten.

„Nimm Deinen Hut und zeige diesem Herrn den Weg zum grauen Steine, welcher hinter dem Birkenhügel auf der anderen Seite liegt. Verstehst Du?“

„Ja wohl, Vater!“

„Und beziele Dich,“ fügte Schmidt hinzu, als der Knabe seinen Befehlen gehorchte.

„Ja, Vater!“

Schmidt wünschte seinen Gästen, sie höflich bis zur Pforte des Häuschens geleitend, Glück auf den Weg und wiederholte seinem Sohn und Erben seine Ermahnungen.
(Fortsetzung folgt.)

was von ihnen in den Lehrbüchern der höheren Schulen gesagt wird oder in den mit hunderttausenden Unterschriften dem Reichstage eingereichten Petitionen gegen Ausbeutung des Jesuitengesetzes. Was Herr Richter ist, wird ihm sein Freund Stöcker und die Norddeutsche Allgemeine im Ueberflus sagen, und Herr Stöcker braucht gewiß nicht auf die Richter'sche Presse erit hingewiesen zu werden, um sein Urtheil zu finden. Die agrarischen Raubritter und die Raubritter hinter den hohen Schornsteinen haben sich oft genug schon die Reviten gelesen. Sie Alle, so bestreudet, wenn es sich um Abwehr der Sozialdemokratie handelt, haben sich Dinge gesagt, daß kein Hund ein Stück Brot von ihnen nehmen sollte, und — alle Parteien ohne Ausnahmen haben bereits um die Freundschaft und Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie gebuhlt. Die Debatten der letzten Tage zeigen mehr wie alles die Ohnmacht und Zerrüttung der herrschenden Klassen; alle grundsätzlichen Gegensätze treten in den Hintergrund vor dem einen Feind, der die Ausbeutung der Gesamtheit durch einzelne privilegierte Klassen beseitigen will. Die Beseitigung des Klassenstaates ist die Grundlage der Neuordnung der Gesellschaft und diese Grundlegung herbeizuführen, ist die Arbeit der Sozialdemokratie. —

Die Verschleppungspolitik, welche bezüglich der Militärvorlage geübt wird, ist so offenbar, daß auch der blödeste Geist sich der Erkenntnis nicht verschließen kann. — Zufall kann das nicht sein — hier ist Plan und Methode. Im Interesse des deutschen Volks, das in seiner ungeheuren Mehrheit die Verwerfung der Vorlage und prinzipielle Stellungnahme seiner Vertreter gegen den Militarismus verlangt, ist dieses unerhörte Verschleppen gewiß nicht. Wohl aber im Interesse seiner Feinde und der Vertreter des Militarismus. Unter den Volksfeinden steht oben das Zentrum. Die Nationalliberalen und Konservativen wären vollkommen ohnmächtig, wenn sie bei den Herren vom Zentrum nicht Unterstützung fänden. Der Regierung, die natürlich alles an die Durchdrückung der Militärvorlage setzt, ist es nur mit Hilfe des Zentrums möglich, die jetzige Verschleppungspolitik durchzuführen. Und das Zentrum trifft deshalb die ganze Verantwortlichkeit. Wenn es nicht Kompromisse wollte, so hätte die Militär-Kommission gleich in der ersten Sitzung die Entscheidung herbeigeführt und die parlamentarische Komödie, die nun fast einen Monat schon dauert, von vorn herein vereitelt.

Freilich, die Herren des Zentrums versichern uns bei allem, was heilig ist, sie dächten an keinen Kompromiß, sie würden die Rechte und Interessen des Volkes nicht preisgeben. Allein, warum sitzen sie denn noch in der Kommission? Oder richtiger: Warum sitzt dann noch die Kommission? Denn wenn das Zentrum mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammengeht — von den sonstigen Gegnern der Militärvorlage gar nicht zu reden —, so ist die Mehrheit da, und die Vorlage gescheit.

Indem das Zentrum sich zur Verschleppung hergab, leistete es unter allen Umständen der Regierung einen Dienst, selbst wenn es vorläufig auch noch gar nicht an einen Kompromiß dachte. Das Hinschieben der Entscheidung ist für die Regierung jedenfalls von Vortheil, weil sie Zeit gewinnt, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu ermüden. Wir sind zwar der Ueberzeugung, daß der Zweck nicht erreicht wird, die Absicht ist aber unzweifelhaft vorhanden. Wie die Dinge liegen, wird die Regierung den Etat unter Dach und Fach bringen, — merkt sie bis dahin — gegen Ostern — daß die Majorität für den Kompromiß noch nicht zu haben ist, so braucht sie den Reichstag bloß bis zum Herbst zu vertagen. Zeit gewonnen, Alles gewonnen, sagt das Sprichwort. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers findet sich dies und jenes, was zu verwerthen — hier ein Kriegswolken, dort ein Baumwollen — das Pressebureau arbeitet inzwischen mit gehörigem Hochdruck — das Papier ist geulbig, und die rothgekleckten Karten von 1897 können bis dahin verbessert und ergänzt werden, daß gegenüber den französisch-rothen noch russisch-grüne Klecks gedruckt werden — Das ist jetzt möglich und das ist möglich, verdanken wir dem Zentrum, das, statt die Militärvorlage klipp und klar zu verwerfen, im Reichstag, um die Zeit tot zu schlagen und dem Volk Sand in die Augen zu streuen, Debatten über den Zukunftsstaat veranstaltet. Als ob es keinen Gegenwartsstaat mit Militärvorlage gäbe! —

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemein-gefährlicher Krankheiten nebst Begründung. —

Für die Militärvorlage holt sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bereits deutsche Rundgebungen aus der in Konstantinopel erscheinenden „Osmanischen Post“. —

Nothleidende Großindustrielle. Ein Nothstand existirt nach den Erklärungen vom Ministerische nicht, wenigstens nicht unter den Arbeitern. Wenn es nothleidende Klassen in Deutschland gebe, so könnte man höchstens die der Großgrundbesitzer und die der Großindustriellen darunter verstehen. Streiftig ist nur, wer von diesen Beiden der nothleidendste ist. Am Sonnabend fand in Berlin die Delegirtenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller statt. In derselben erstattete Generalsekretär Buec Bericht über die Geschäftsthatigkeit des Ausschusses. Er hob die großen Opfer hervor, welche die Versicherungsgesetze den Industriellen auferlegten, den Uudant, mit welchem die Arbeiter die Sozialreformen lohnen, die Verwerflichkeit der Arbeiterschüsse, den Unerstand und die Unfähigkeit der Regierung, welche mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit die Industrie schädige, wie dieses die Erlasse über die Sonntagsruhe bewiesen, und endlich klagte er über den Reichstag, bei dem die armen Krupp, Stumm u. s. w. keinen Schutz fanden gegen die Schädigungen der Industrie. Trotz alledem treten er und die Großindustriellen für die Militärvorlage ein.

„Und selbst jetzt, da im Reiche der Kampf über die Frage tobt, ob gewisse, zur Sicherung unseres Vaterlandes nach außen für notwendig erachtete große Lasten übernommen oder zurückgewiesen werden sollen, ist von dem im Zentralverbande vertretenen Industriellen nicht nur nicht Widerspruch gegen die Uebernahme dieser Lasten erhoben, sondern ich bin überzeugt, daß sie willig und bereit sein werden, das zu tragen, was im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes von maßgebender Stelle für erforderlich gehalten wird, ja, es wird von den bezeichneten Industriellen Irrisen die Behauptung als ein Uebing

erachtet, daß das deutsche Volk nicht fähig sein soll, die Lasten zu tragen."

Und nach diesem „patriotischen“ Erguß, beehrte sich die Versammlung, einstimmig eine Resolution anzunehmen, wonach die Reichsregierung ersucht werden sollte, dafür zu sorgen, daß der § 153 der Gewerbeordnungs-Novelle, den die Regierungsvorlage enthalten und der Reichstag abgelehnt hatte, in Wirklichkeit trete. Dieser § 153 würde die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vollständig eröffnen, und um diesen Preis hoben die Großindustriellen es leicht, „patriotisch“ zu sein. Zugeständnisse wollen sie der Regierung machen, wenn man ihnen nur auf Gnade und Ungnade die Arbeiter ausliefert. Das nackte Proletariat trat in all seiner Unverschämtheit in dieser Versammlung zu Tage.

„Die Militärvorlage muß durch, und sollten wir alle darüber katholisch werden,“ soll nach der Vis-marschen „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein sehr hochschätzender Militär sich geäußert haben. Der Ausspruch erinnert an die während gewordener Agrarier in Westpreußen, die Sozialdemokraten werden wollen, wenn die Regierung nicht nach der Pfeife der agrarischen Junker tanzt.

Das italienische Panama wächst sich mehr und mehr aus. Lanlono, der verhaftete Direktor der Römischen Bank, schont niemanden. Er sieht, daß man ihn opfern will, und nun will er möglichst viele in seinen Sturz mit hineinreißen. Er hat gebedacht, daß nicht bloß die jetzige, sondern auch schon mehrere frühere Regierungen mit ihm gemogelt und Geld bezogen haben. Herr Giolitti und seine Vorgänger Rudini und Crispi wollen natürlich von nichts wissen, allein sie streuben sich hartnäckig gegen jede parlamentarische Untersuchung. Die gewöhnlichen Gerichte reichen aus — sagt Herr Giolitti; und durch Niederlegung einer parlamentarischen Untersuchungskommission werde der Gang der Justiz nur aufgehoben. In Wirklichkeit ist die italienische Justiz dermaßen korrupt, daß eine rücksichtslose Ermittlung der Wahrheit und Bestrafung der Schuldigen von ihr nicht zu erwarten ist. Dem Verlangen nach einer parlamentarischen Enquete wird das Ministerium deshalb auch nicht auf die Dauer widerstehen können.

In Belgien ist die Regierung sammt der Kammermajorität am Ende ihres Lateins. Im Grundmangel der Ausschluß, welcher die Verfassungsrevision eintrüben sollte, hat die verfassungsmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit sich bloß für ein verneinendes Votum: die Verwerfung des allgemeinen Wahlrechts — gefunden, dagegen sind alle positiven Vorschläge: Wahlrecht mit Alterszensus (vom 25. Jahre an, wie in Deutschland), mit Aufenthaltzensus, mit Wissenszensus u. s. w. entweder in der Minderheit geblieben, oder haben wenigstens die nötige Zweidrittelmehrheit nicht auf sich vereinigt. So ist der Ausschluß, nachdem er Monate lang buchstäblich leeres Stroh gedroschen hat, jetzt genau so weit wie am Anfang, und muß der Kammer seine Unfähigkeit, etwas zu Stande zu bringen, eingestehen. Unter solchen Verhältnissen bleibt nichts anderes übrig, als ein neuer Appell — nicht an das Volk, aber an die Gewisswähler, die in ihrer Mehrheit ein Interesse daran haben, jede Verfassungsrevision zu verhindern. Die Verfassungsrevision soll von den Gegnern der Verfassungsrevision gemacht werden — das ist der böse Fickel, in dem sich die Frage bewegt. Zum Glück ist ein Teil der Wähler dem allgemeinen Wahlrecht nicht feindlich und bei den nächsten Wahlen hängt alles von dem Druck ab, welchen die sozialistischen Arbeiter auf die Masse der Wähler ausüben vermögen. Gewiß ist, daß das Land nicht zur Ruhe kommt, ehe das allgemeine Wahlrecht erlärmt ist.

Das private Referendum wird am 26. Februar vorgenommen werden. Da die Verantwörter auf die Mitwirkung der Gemeindebehörden verzichtet haben, und alles entweder selbst besorgen oder durch Vereine und sonstige private Körperschaften besorgen lassen, so hat die Regierung kein Mittel mehr, um die ihr so unangenehme Rundgebung zu verhindern.

England. Der einzige Angriff mit scharfen Waffen ist bis jetzt auf das Ministerium Gladstone von „bescheidenen“ Seite geführt worden, von dem misvergünstigten Radikalen Labouchere, welcher die englische Kolonialpolitik, die ägyptische Frage und das Verhältnis Englands zum Dreieck einer bissigen Kritik unterwarf. Vorläufig hatte die Sache keine weiteren Folgen, allein die Schwäche der Position Gladstone's hat sich recht deutlich gezeigt. Auch die Kränklichkeiten der Irländer unter sich waren nicht geeignet, das Ansehen des Ministeriums zu erhöhen. Die Opposition sah Schadenfreude mit zu, und kämpfte nur um der Form willen. — Wie wir einem englischen Arbeiterblatt entnehmen, gedenkt Keir Hardie die Frage der Arbeitslosen ins Parlament zu bringen. Die Regierung ist sich ihrer Abhängigkeit von den Arbeitern bewußt, und da sie, angesichts der unabweisbar bald zu erwartenden Auflösung und Neuwahlen sich das „Arbeiter-votum“ um jeden Preis sichern will, so wird sie in dieser wie in anderen Fragen wohl sehr entgegenkommend sein.

Parlamentarisches.

In der Kommission zur Vorberatung der Gesetzesvorlage gegen den Wucher — ihr gehören die Genossen Frohme und Stadthagen an — beantragte Frohme, auch die öffentlichen Handeleinrichtungen dem Gesetz zu unterstellen. Ein Teil der Kommissionsmitglieder trat dem Antrage entgegen, weil die Pfandleihe-Anstalten, falls die Nothlage ausbräue, unter das Gesetz fielen; ein anderer Teil der Kommission war der Ansicht, daß von einer Ausdeutung der Nothlage durch behördlich genehmigte Institute keine Rede sein könne, selbst wenn sie 24 pCt. Zinsen nähmen. Frohme wies darauf hin, daß doch eine Anomalie darin liegt, den Wucher bekämpfen zu wollen und auf der anderen Seite ihn behördlich zu konsolidieren, gesetzlich zu ratifizieren. Der Antrag Frohme fiel mit allen gegen 3 Stimmen. Ein weiterer Antrag Frohme's, betreffend die Ausdeutung des Vermögens durch schrankenlose Ausübung des Retentionsrechts, wird bis zur Abstimmung über § 302 zurückgestellt. Stadthagen fährt aus: Der Grundgedanke der Vorlage, den Wucher, d. h. die Ausdeutung der Nothlage eines Menschen, zu bekämpfen sei, mit Freuden zu begrüßen. Den Gegnern der Vorlage gebe er zu, daß die Bestimmung der Vorlage sehr viel kaufmännische Begriffe — „Ausdeutung“, „Nothlage“, „Vermögensvorteile“, die in auffälligen Mißverhältnissen zur Leistung stehen — enthalte. Diese Begriffe sind durchweg keine juristischen Begriffe. Das Rechtswußsein im Volke er-

leuchte klar, was Wucher sei. Es sei deshalb nötig, das Volk über Strafbarkeit oder Nichtstrafbarkeit entscheiden zu lassen. Er behalte sich deshalb vor, ein Amendement einzubringen, welches die Strafverfolgung wegen Wuchers Volksgerichten unterwerfe. Der Arbeitsvertrag falle in vielen Fällen unter den Begriff des Wuchers, denn die Ausbeutung der Nothlage und die übrigen Requisite des Wuchers seien vorhanden. Mehrere Redner traten dafür, andere dagegen ein, daß der Abschluß eines Arbeitsvertrages als Wucher aufgefaßt werden könne. Schließlich wird der Vorschlag der Regierung, § 302a wie folgt zu fassen:

„Wer unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unersahrenheit eines Anderen mit Bezug auf ein Darlehen oder auf die Stundung einer Geldforderung oder auf ein anderes zweiseitiges Rechtsgeschäft, welches denselben wirtschaftlichen Zwecken dienen soll, sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinssfuß dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligen Mißverhältnissen zu der Leistung stehen, wird wegen Wuchers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.“

gegen die Stimmen der Konservativen, eines Theils des Zentrums und der Sozialdemokraten mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. §§ 302b—3 ändern nichts an dem bestehenden Zustand. § 302c der Vorlage schlägt vor, daß wegen Wuchers auch der befristete Wucher, der mit Bezug auf ein anderes Rechtsgeschäft als ein Darlehen, gewerbs- oder gewohnheitsmäßig unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unersahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligen Mißverhältnissen zu der Leistung stehen.

gegen diesen Vorschlag wenden die Freisinnigen besonders ein, daß die Begriffe zu schwankend, daß reelle Geschäfte betroffen werden, daß eine unübersichtbare Konsequenz sich aus der Bestimmung entwickle, daß in das freie Vertragsrecht eingegriffen würde. Dem Abg. Stadthagen traten sie darin bei, daß auch der Arbeitgeber als Wucherer bestraft werden könne. Man steuere durch die Bestimmung der Vorlage dem sozialdemokratischen Gedanken zu. Diese wolle allerdings konsequent jeden, der einen Anderen ausbeute, unter Strafe stellen. Die Regierung hob hervor, daß das Erfordernis der Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit vor Anwendung des Gesetzes auf Fälle, die es nicht treffen wolle, schütze. Stadthagen wendet sich ebenso wie die Redner des Zentrums und der Konservativen gegen dies Erfordernis. Die heutige Gesellschaftsordnung beruhe allerdings auf der Ausbeutung des Menschen durch seinen Mitmenschen. Diese Ausbeutung bekämpfe er. Arbeitgeber, die einen unverhältnismäßig hohen Gewinn erzielen, seien als Ausbeuter, als Wucherer zu bestrafen. Allerdings könne ein Klaffengericht vielleicht auch einen Arbeiter wegen „Wucher“ strafen, der die „Nothlage des Unternehmers“ zu ihm günstigen Lohnbedingungen ausbeute. Indes abgesehen von der hierin liegenden mißbräuchlichen Anwendung des Begriffs Wucher seien ja doch schon heute Arbeiter, nie aber Arbeitgeber unter ähnlichen Umständen gar wegen Exproffierung mit langwieriger Freiheitsstrafe belegt, wiewohl sie lediglich erklärt hätten, sie wollten für Gewährung ihrer Arbeitskraft höhere Löhne als bisher beanspruchen oder die Arbeit niederlegen. Diese ungeheuerliche Art der Rechtsprechung, in der eine Begünstigung der Ausbeutung erblickt werden müsse, führe mit Nothwendigkeit dazu, gerade bezüglich des dem Volke sehr klaren, dem Juristen minder faßbaren Delikts des Wuchers Volksgerichte einzusetzen. Von der Einsetzung solcher Volksgerichte mache er für seine Person keine Empfehlung über das gesammte Gesetz abhängig. Der Vorschlag der Regierung wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen in folgender Form mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen: Wegen Wuchers wird bestraft, wer mit Bezug auf ein Rechtsgeschäft unter Ausbeutung der Nothlage eines Anderen sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligen Mißverhältnissen zu der Leistung stehen.

Wird dieser Vorschlag zum Gesetz erhoben und über die Frage, ob Wucher vorliegt, von Volksgerichten entschieden, so würden die neueren Fragen, wie der Zukunftsstaat aussieht, bald einsehen, was erforderlich ist, um jede Ausbeutung unmöglich zu machen. Jeder Arbeitsvertrag beruht auf Ausbeutung der Nothlage der Klasse der arbeitenden Bevölkerung. Kann die heutige Gesellschaftsordnung diese Ausbeutung, kann sie den Wucher treffen? Begehnend ist übrigens, daß die Antisemiten weder im Plenum noch auch in der Kommission zur Wucherfrage sich geäußert haben. Dort meldeten sie sich nicht zum Wort, hier glänzten sie vollends durch Abwesenheit. Es mag den Herren Antisemiten vielleicht ein Licht darüber aufgehen, daß eine offene Stellungnahme ihrerseits zu den Mitteln der Bekämpfung des Wuchers ihren jetzigen Anhängern klar machen würde, daß die Konsequenz des Antisemitismus ist: den durch Beschmittenen geübten Wucher nur soweit zu bekämpfen, daß den Unbeschmittenen freierer Raum zur Ausbeutung und Auswucherung ihrer Mitmenschen geschaffen werde. Nächste Sitzung der Kommission Dienstag 10 Uhr Vormittag.

Die Wahlprüfungs-Kommission brachte heute die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Scipio (sechster Wahlkreis des Großherzogthums Hessen, Westheim) zum Abschluß. Gegen diese Wahl war seiner Zeit ein sehr umfänglicher Wahlprotest eingereicht und darauf hin in der Kommission eine Reihe von Erhebungen beschlossen worden. Diese haben stattgefunden, das Ergebnis derselben ist aber ein so negatives, daß heute die Kommission einstimmig zu dem Beschlusse kam, den Protest für erledigt und die Wahl des Abgeordneten Scipio für gültig zu erklären.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Bannsdorf (Hof. Wittich-Beipzig), Lohm (Hof. Albin Reichelt-Greifsch), Wildeshausen (Hof. Payer-Teinhardt), Wesselsburen und Westerbek (Hof. Kläh-Gimborn), Suhl (Hof. Halle-Erfurt), Annaburg (Hof. Paul Dönig), Tschöck (Hof. Kläh-Gimborn).

Von der Agitation. Parteigenossen aus Neumünster vertheilten am 29. Januar auf dem Lande die Rede Webers über „Stehendes Heer oder Volkshüter?“ Im Dorfe Derses erklärte der Gendarm die Vertheilung für ungesetzlich, weil die politische Erlaubnis nicht eingeholt worden wäre, und arretrirt zwei Genossen, die dagegen protestirt hatten. Beim Gemeindevorsteher entwickelte sich nun folgendes Gespräch. Der Gendarm sagte aus, daß er die Beiden beim Verbreiten der Schrift getroffen und deshalb mitgenommen. Ortsvorsteher: Hebt die Beiden von Hus to Hus gahn? Gendarm: Ja! Ortsvorsteher: „Ja, ja, was ist das, das strafbar ist!“ Von den beiden Genossen wurde dann erwidert, daß sie sich in keiner Beziehung strafbar gemacht und das Gesetz übertreten hätten. Man möchte nur einmal die betreffenden Paragraphen anschauen, die würden schon die nötige Aufklärung geben. Der Gemeindevorsteher versah dann die betreffenden Paragraphen und sagte dem Herrn

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Bannsdorf (Hof. Wittich-Beipzig), Lohm (Hof. Albin Reichelt-Greifsch), Wildeshausen (Hof. Payer-Teinhardt), Wesselsburen und Westerbek (Hof. Kläh-Gimborn), Suhl (Hof. Halle-Erfurt), Annaburg (Hof. Paul Dönig), Tschöck (Hof. Kläh-Gimborn).

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Bannsdorf (Hof. Wittich-Beipzig), Lohm (Hof. Albin Reichelt-Greifsch), Wildeshausen (Hof. Payer-Teinhardt), Wesselsburen und Westerbek (Hof. Kläh-Gimborn), Suhl (Hof. Halle-Erfurt), Annaburg (Hof. Paul Dönig), Tschöck (Hof. Kläh-Gimborn).

Gendarm: „Ja, das handelt sich hier ja um öffentliche Blöße, und das ist ja allseitig bekannt, so harn von Hus to Hus gahn, so laud se nie strafbar, und wie müß se woll vor loopen laten.“ Gendarm: „Ich mußte aber doch eingreifen, damit die Verbreitung nicht weiter vor sich ginge.“ Der Gendarmwächter „mußte“ dafür den Schmerz erleben, daß die 11 Sozialdemokraten als Sieger abzogen.

Gemeindevorsteher. In Steinach (Thüringen) waren bei den Gemeinderatswahlen am 20. November v. J. die sozialdemokratischen Kandidaten mit 366—444 Stimmen gewählt worden; die Gegner, Nationalliberale und Freisinnige, hatten nur 316—256 Stimmen erhalten. Wegen eines Formfehlers bei der Wahl war dann das Mandat eines der gewählten Arbeiter für ungültig erklärt worden. Dieser mußte sich daher einer Neuwahl unterziehen und siegte in derselben mit noch größerer Stimmenzahl als vorher. Er bekam 490 Stimmen, während der Kandidat der vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen nur 227 Stimmen erhielt. Die Arbeiterpartei hat jetzt im Gemeinderath die Mehrheit.

Partei Finanzen. Der Sozialdemokratische Verein in Bremen erzielte im vorigen Jahre 1000 M. Ueberschuß. Der Sozialdemokratische Verein für den ersten Hamburger Wahlkreis hatte bei 20 398,92 M. Einnahme 4796,08 M. Ueberschuß.

Wegen Majestätsbeleidigung ist der Mittheilung eines bürgerlichen Blattes zufolge die Freitag-Nummer der „Volkswacht“ in Breslau und die Sonnabend-Nummer des parteilosen „Breslauer Sozialanzeiger“ beschlagnahmt worden.

Volkswacht. Wegen erweislich böswilliger Verleumdung der Genossen Stamm und König in Remscheid erklärte eine dort abgehaltene Volksversammlung zwei Personen, Gustav Tillmanns und Carl Hoff, auf 5 Jahre für unwählbar, in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung einen Vertrauens- oder Ehrenposten zu bekleiden.

Das pöbelhafte Wort des konservativen Abgeordneten v. Frege hat den sozialdemokratischen Wahlkreis für den ersten Hamburger Reichstags-Wahlkreis veranlaßt, eine Statistik über das Alter der Mitglieder aufzunehmen. Diese ergab, daß 642 Mitglieder zwischen 20 und 25 Jahren, 941 zwischen 25 und 30, 1119 zwischen 30 und 40, 468 zwischen 40 und 50, 111 zwischen 50 und 60, 16 zwischen 60 und 70, 2 über 70 Jahre alt waren. Der sogenannte Weltschmerz ist mit dieser Statistik, die im wesentlichen auf die meisten übrigen Orte zutrifft, verbunden abgeführt. Die Aufregung, die in manchen Orten über die Ausrufung Frege's an den Tag gelegt wurde, war übrigens nicht am Platze. Wenn sich jemand herausnimmt, von einer Partei mit 1/3 Millionen Stimmen zu sagen, sie bestände aus grünen Jungen, so zeigt er damit, daß er seiner geistigen Entwicklung nach selber weiter nicht als ein grüner Junge.

Die „Unabhängigen“ suchten dieser Tage die Bernburger Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Sie hielten eine Versammlung ab, in der einer ihrer Berliner Redner sprach. Die Versammlung sah, wie die in anderen Orten früher abgehaltenen, vollkommen zu Ungunsten der Leute mit der „schärferen“ Tonart aus. Genosse Schulze wies das Verfehlen der Ansichten nach, die von den „Unabhängigen“ gepredigt worden, und die Versammlung nahm mit allen gegen 7 Stimmen eine Resolution an, in der die Thätigkeit der Reichstags-Fraktion für eine nützliche, der Auffklärung der Massen dienlich gewesene erklärt und die parlamentarische Thätigkeit als unentbehrlich bezeichnet wird. Mit der Annahme dieser Resolution war die von den „Unabhängigen“ eingereichte gefallen, deren Wortlaut folgender war: Da der Kampf des Proletariats um bessere Lebensverhältnisse naturgemäß ein wirtschaftlicher ist, insofern dessen es sich darum handeln muß, die wirtschaftliche Macht zu erlangen, die politische Macht nur die Anerkennung der wirtschaftlichen Macht bedeutet, ist es notwendig, vor allen Dingen alle Kräfte zur Erringung der wirtschaftlichen Macht anzustrengen. Da nun das Mitarbeiten im Parlament naturgemäß die Kräfte des Proletariats zum Schaden der wirtschaftlichen Kräfte verzehrt, verpflichtet die Versammlung in Zukunft sich nicht mehr um politische Macht zu machen, sondern nur reine Klassenkämpfe zu führen.

Wenn die „Unabhängigen“ ihre fünf Sinne ordentlich beisammen gehabt hätten, müßten sie sich sagen, daß diese Resolution jeder Kapitalist unterschreiben könnte, denn wenn die Arbeiter sich nicht mehr um die politische Macht bemühen, so verringert sich naturgemäß ihre Fähigkeit, den Kapitalismus nach jeder Richtung hin bekämpfen zu können.

Volksgeistliches, Gerichtliches etc. — Adolf Thiele, Redakteur der „Bürgerzeitung“, hat die Strafe verhäßt, die ihm wegen Beleidigung des sächsischen Landtags auferlegt war. Er ist am Donnerstag Nachmittag aus der Haft entlassen worden.

Soziale Arbeiterkraft.

Aufruf an die Feilenhauer und die Arbeiter anderer Berufs Deutschlands. In Linden-Hannover befinden sich, wie schon bekannt, die Feilenhauer im Streik; dieser wurde durch das rücksichtslose Vorgehen der Feilenhauer-Meister herbeigeführt, indem am 28. Januar die Feilenhauer aus den Werkstätten von Willemsmann und Mätger ausgesperrt wurden. Bei der Wittwe Pohlhaus geschah am 4. Februar dasselbe. Um aus den Kampf zu erleichtern, erklärten sich nun die Feilenhauer mit uns solidarisch und kündigten am 4. Februar, weil sich die Unternehmer weigerten, die Aussperrten wieder anzunehmen, Arbeiter und Parteigenossen! Obwohl wir keine Mithilfe leisten, sondern nur die bisherige nehmthändige Arbeitslosigkeit hochhalten wollen und uns nicht einen Lohnabzug bis zu 25 Prozent gefallen lassen möchten, wirft man uns aufs Pfahler. Wir haben sogar von unsern bisherigen Akkordarist schon etwas abgelassen, aber auch das genügt noch nicht, um die Profitwuth der Unternehmer zu befriedigen. Es ist nun Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, und in diesem Kampf zu unterstützen, damit wir nicht unterliegen. Die Unternehmer wollen ihre Feilen auswärts hauen lassen, wir bitten darum die Genossen allerorts, die Feilenhauer davon zu unterrichten. Weiter werden Feilenhauer und Schiefer für Linden-Hannover gesucht werden. Also Achtung! Jungfranz fernhalten. Alle Briefe und sonstige Sendungen sind zu richten an unsern Vertrauensmann Hugo Witten in Linden-Hannover, Zimmerstraße 60. Alle arbeitervriendlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In der Mittheilung über die Nixdorfer Eisenbahnschaffner-Gesellschaft, vergl. 100 (siehe letzte Sonntags-Nummer des „Vorwärts“) erklären uns die Schloffer August Groppe, Gustav Döring und Albert Schuemann, daß sie ihre Forderung nach 55 Pf. Stundenlohn sofort bewilligt belamen, ferner die Hilfsarbeiter nicht um ihre Unterstüßung angegangen hätten und von diesen auch gar nicht darüber unterrichtet worden wären, daß sie gleichfalls den Lohn erhöht haben wollten, endlich daß die beiden Hilfsarbeiter Richard Ostern und Karl Rood nicht gemogelt, sondern aus anderen Gründen entlassen worden seien. Richard Ostern soll sich am Vorgehen seiner Kollegen überhaupt gar nicht betheiligt haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 7. Februar.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Romeo und Julia.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Die große Glocke.
Voll's Theater. Mireille.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Heldens-Theater. Gläubiger. — Familie Pont-Biquet.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Gardehufar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der böse Geist Empaci - Bagabundus.
Neues Theater. Baronin Ruth. — Kleine Hände.
National-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
Alexanderplatz - Theater. Die Königstochter als Bettlerin.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 45. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Lofstoft von Oscar Wagner.
(Memm - Ede. . Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum.

Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili.

Kleinfl. lebend. Elefant d. Welt,
90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang,
78 Kilo schwer.
Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Künstler-Konzert.
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panoptikum.
Men!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Großartigster Erfolg des neuen Programms.
Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vannoni, Harley's, Laurence, Türk u. s. w.
Das Theater ist gut geheizt.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, das mein Lokal bis 12 Uhr Nacht auf ist. **J. Boelli, Musikauer-Strasse 33.** 12406

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, den 7. Februar 1893,
Abends 7 1/4 Uhr:

Jubiläums-Vorstellung.
Zum **Ein Künstlerfest.** 25. Male.
Große Ausstattungspantomime vom Hofballetmeister **A. Siems.** Mit überraschenden Licht- und Wasser-effecten. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Zum Schluss: **Gr. Brillant-Panorama.** Außerordentliches und Reizendes der bestbesetzten Freiheit's u. Schulpferde, sowie Auftreten der Künstler-Spezialitäten 1. Ranges; u. a.: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde Markir. Gebrüder **Trovally**, hervorragende Akrobaten der Gegenwart etc.
Morgen, Mittwoch: Auf vielseitiges Verlangen 2. Wiederholung der Gala-Fest-Vorstellung.
Billet-Verkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank“, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Täglich:
Große Künstler-Revue
Spezialitäten allerersten Ranges.
Außerordentlich reichhaltiges und amüsanter Programm.
Anf. Sonnt. 6 Uhr. Wochent. 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barns** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Regelbahnen.
F. Sodtke.

Etablissement Moritz-Platz.
Buggenhagen.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Jahnhof's Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen empfehle mein neu eingerichtetes **Weiß- und Garisch-Bier-Lokal.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Vereinszimmer für 60 Personen zu vergeben. 8650L*
Benno Stabernack,
Vädlerstr. 49,
2. Haus von der Wrangelstraße.

Vereinszimmer, Simonstr. 23, 2. St.
Die Parteigenossen erlauben wir uns auf unsere Verkaufsstellen Nr. 49 u. 50 in der Markthalle **Andreasstraße** aufmerksam zu machen und bitten, uns bei Bedarf an Herings- und Räucherfischen zu berücksichtigen.
G. Rehm. W. Weigel.

Damen-Masken-Garderobe
von **M. Roussel,**
Skalitzerstr. 43.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt Blumenstr. 19. Auch Sonntags.

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, u. d. Oranienplatz.
Schanzkofal mit voller Konzeption, billiger Miethe, ist krankheitshalber sofort zu verp. Näh. Chorinerstr. 29, Hof 21, bei **Schubert.** 12426
Alles gangbares **Kartoffel- und Herings-Geschäft** verläßlich. **Oderbergerstr. 17.** 1199b

Maskentiesel und Ballschuhe in gr. Ausw. verleiht **Hilf. J. Pieper,** Schuhmachermeister, Anklamerstr. 22. Lieferant des Konsumvereins „Nordens“.

Unserm Rauchbruder 1241b

Carl Schuchardt
zu seinem heutigen Biogefeste ein dreifach donnerndes Hoch!
Rauchklub „Ringelwolke“.

Unsern Kollegen **Liebreich** und **Ruther** zu ihrem Biogefeste ein donnerndes Hoch! Die Kollegen von **109.** Aber tief! tief!
1248b

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 5. d. M. starb nach längerem Krankenlager unser langjähriger Kamerad **Oswald Müller,** im Alter von 88 Jahren. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. er., Nachmittags 8 Uhr, von dem Trauerhause, Schillingstr. 25, D. P., aus nach dem Friedhof in Weißensee statt.
Der Vorstand.

Gauverein Berl. Bildhauer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinbildhauer **Eduard Weisser,** nach kurzem Krankenlager am Sonntag früh verstorben ist. 11649.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. d. M., Nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastiankirchhofes in Dallwitz statt.
Um zahlreiche Betheiligung der Mitglieder bei derselben bittet
Der Vorstand.

Allen denen, welche meinen lieben Mann, unseren Vater, Schwieger- und Großvater zur letzten Ruhe begleitet haben, sagen wir unseren innigsten Dank, insbesondere Herrn Prediger **Wittborn** sowie dem Gesangsverein „Männerquartett“.
1249b
Ww. Finster und Kinder.

Große öffentliche Versammlung sämmtlicher im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter.
Dienstag, den 7. Februar, Abd. 8 1/2 Uhr, bei Gröndel, Dresdenerstr. 116.
Tagesordnung:
1. Die Arbeitsverhältnisse in der Holz-Galanteriewaaren-Fabrik des Hrn. Schoj, Reichenbergerstr. 84. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 186/14
Plicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Agitations-Kommission.

Verlag von **August Schupp, Henrich a. H.**
Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Die **Genossenschaft (Kooperation).**
Ihre Vortheile - Ihre Zukunft von **L. Bertrand**
1250b

Redakteur des „Peuple“ (Brüssel).
= Preis 25 Pf. =
Direkt von der Verlagshandlung gegen vorherige Einzahlung des Betrages (Porto extra):
10 Expl. für 2 M.; 50 für 8 M.; 100 für 14 M. u. 200 für 24 M.
Wiederverkäufer erhalten höheren Rabatt.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 3528 L
Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moqueros spotbillig!
Proben franco! 8357L
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Theilungshalber
sollen 360 Quadratruthen (4 Baustellen) im besten Theile der Triftstraße belegen, preiswerth verkauft werden. Adressen sub **F. A. 1524** an **Rudolf Mosse, W., Friedrichstraße 66.** 11791*

Hierdurch warne ich einen Jeden meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
1239b **Alb. Nemitz,** Lebuserstr. 5.

Arbeitsmarkt.
Ramsells auf bessere Damen-Paletots verl. **Suttius, Adalbertstr. 74, I.** 112M*
Tüchtiger Dirigent für neugegründeten Arbeiter-Gesangsverein, welcher des Dienstags Abends frei, gesucht. Offerten unter **G. V.** mit Gehaltsansprüchen sind bei **Rein, Schönleinstr. 6,** abzugeben.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, d. 7. Februar, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
in der Berliner Sod-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Roland** über: Wird das Glend segnen?
2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassiers und Abrechnung des Wechnachfestes. 4. Wahl des gesammten Vorstandes und der Revisoren. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
in **Sachmann's Lokal, Dresdenerstr. 45.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Flatow** über: Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie es sein soll und nicht ist. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Nicht 6., wie in der Sonntagsnummer irrtümlich angezeigt wurde.)
Am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **C. Haberecht, Große Frankfurterstraße 30:**
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Richard Fischer** über: Politischer oder gewerkschaftlicher Kampf. 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Schriftführers. 4. Beschlußfassung eines Vergnügens am 2. April. 5. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht
876/11*
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Geisel's Salon, Brunnen- u. Invalidenstrassen-Ecke.**
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über den vom Vorstand gestellten Antrag. 2. Vortrag des Genossen **Köster.** 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 5. Fragelasten.
Der Vorstand:
NB. Alle diejenigen Genossen, welche im Besitz von Anlagenschriften von den Agitationstouren sind, werden ersucht, sich an Genossen **J. Gnadt, Svinemünderstr. 120,** zu wenden.

Achtung! Gewerbegerichts-Kandidaten!
Arbeitnehmer und Arbeitgeber!
Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Kandidaten
Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, in **Bolz's Lokal (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).**
Tages-Ordnung: 1. Bekanntgabe der Vertheilung der Kandidaten auf die einzelnen Wahlbezirke. 2. Verschiedenes.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht sämmtlicher Kandidaten, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Außerdem werden diejenigen Arbeiterkandidaten, welche noch nicht unterschrieben haben, ersucht, dieses bis spätestens Dienstag, den 7. Februar, Abends 6 Uhr, in der Wohnung des Unterzeichneten zu thun.
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
274/1 J. H.: Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 4, Hof I.

Freie Volksbühne.
Am Sonnabend, den 18. Februar, Abends 9 Uhr, findet in den Gesamtträumen des **Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke,** das
Winterfest

der **Freien Volksbühne** statt. Das Programm bilden ein
Großes Künstlerkonzert,
ausgeführt von 50 Musikern der **Meyder'schen Kapelle** mit freundlicher Genehmigung der Herren **Moyder** und **Kedding** und Deklamationen, vorgetragen von Herrn **Hermann Paris,** Mitglied des **Viktoria-Theaters.**
Hauptstücke des Abends sind:
Konzertstücke:
C-moll Symphonie No. 5 Beethoven.
Totentanz St. Saens.
Zigeunerweisen (Geigen solo) Sarasate.
Ouvverture zu **Robespierre** Litolli.
Deklamationen:
Brot Freiligrath.
Mischka an der Marosch Lonan.
Billets à 30 Pf. sind in allen Zahlstellen des Vereins für Mitglieder und Nichtmitglieder zu haben. Es ist nur eine beschränkte Zahl von Billets ausgegeben, um jede Ueberfüllung zu vermeiden.
Nach dem Konzert Ball.

Die **Tanzmusik** wird von 25 Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ ausgeführt. Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Am Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet die 1. Vorstellung der **IV. Abtheilung (braune Karten)** im „National-Theater“ statt. Zur Aufführung gelangt:
Andere Seiten.
Schauspiel in vier Akten von **Paul Bader.**
Mitglieder für die IV. Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 50 Pf., der monatliche Beitrag abwechselnd 50 und 60 Pf., im Februar 50 Pf. Die Verloofung der Billets beginnt um 1 Uhr.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. H.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.
889/2

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 6. Februar 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Böttcher.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abgg. Singer und Gen.:

den Reichskanzler zu ersuchen, die Einstellung des gegen den Abg. Freiherrn v. Münch bei dem Landgericht Stuttgart wegen Beleidigung schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session zu veranlassen.

Abg. Singer: Der Abg. v. Münch ist von dem Amtsgericht Stuttgart aufgeführt worden, sich am 20. Februar zur Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten zu stellen oder bis zu diesem Termin den Nachweis über Stellung eines Antrages beizubringen, wonach auf Grund des Artikels 31 Absatz 3 der Reichsverfassung der Strafausspruch verlangt wird. Der Abg. v. Münch zieht die letztere Eventualität vor und hat meine Freunde und mich ersucht, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Wir sind diesem Wunsch gern nachgekommen, und ich habe nunmehr den Reichstag zu bitten, der Aufforderung des Amtsgerichts Stuttgart Folge zu leisten und einen Beschluß zu fassen, wonach der Abg. v. Münch in der Lage ist, seinen parlamentarischen Pflichten für die Dauer der Session nachzukommen.

Der Antrag wird genehmigt und darauf die bereits mehrwöchige Verhandlung über die Sozialdemokratie im Rahmen der zweiten Staatsberatung (Behalt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern) fortgesetzt.

Abg. Bebel: Daß die Sozialdemokraten durch die Debatte der letzten drei Sitzungstage nicht vernichtet sind, wie Herr Leuschner neulich meinte, bewies mein Vertagungsantrag, der zeigen sollte, daß wir nicht vernichtet, sondern nach wie vor kampfbereit sind. Wer zuletzt Sieger sein wird, darüber wird die Zukunft und die deutsche Arbeiterschaft entscheiden. Bis dahin sind wir stets auf dem Posten und werden Sie zwingen, uns Rede zu stehen. Die Reden der Abgg. Richter und Bachem liegen sich nicht an der Hand des vorliegenden schriftlichen und gedruckten Beweismaterials wahrheitsgemäß auf Wiederlegungen ein, sondern sie konstruieren sich nach ihren Anschauungen selbst ein Bild des Zukunftsstaats, um es zu bekämpfen, nach der bekannten Taktik der Advokaten. Ueberzeugen werden wir Sie niemals, auch wenn wir statt 4 Tage 4 Monate oder Jahre weiter debattieren wollten, wir würden noch auf demselben Fleck stehen. Von Ihnen, den Vertretern der herrschenden Klassen, der Bourgeoisie, die Anerkennung zu erwarten, daß die heutige Gesellschaftsordnung morsch sei und eine andere an ihre Stelle treten müsse, wäre mehr wie Thorheit. Sie treten als eine festgeschlossene Phalanx gegenüber auf, da verschwinden alle kleinen Kämpfe, wie sie sonst wohl zwischen Parteien vorkommen; es gibt dann nur zwei Lager: wir haben und Sie drücken. Der Abg. v. Stumm redet immer von einem Zukunftsstaat, an den wir gar nicht denken. Ihr Denkvormögen erlaubt Ihnen eben nicht, einen Unterschied zu machen zwischen Staat und Gesellschaftsordnung. Ich bedauere, daß Ihr Denkvormögen so enge Grenzen hat. (Heiterkeit.) Abg. v. Stumm meinte, unser Zukunftsstaat sei zugleich Zuchthaus und Kaninchenstall. Er widersprach sich darin genau so, wie wenn Bachem sagte, wir hätten keine Autorität, bestimmten Gesetzen entgegenzutreten, und übten zugleich eine strenge Tyrannei aus. Herr v. Stumm mag ja nicht wissen, wie es im Zuchthaus aussieht. Wenn irgendwo eine Zuchthausordnung besteht, dann ist es doch die Fabrikordnung der Gebrüder Stumm, die sie übrigens wahrscheinlich auf Grund der neuen Gesetzgebung werden ändern müssen, wenn Abg. von Stumm auch erklärte, er würde sich nicht an die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung halten, sondern auf anderen Wegen die von ihm erlassenen Bestimmungen bei seinen Arbeitern in Geltung zu bringen suchen. Es darf sich bei ihm kein Arbeiter verheiraten, der nicht einen Kontrakt dazu von ihm hat. Er sucht damit auch die Kinderproduktion und Fortpflanzung zu überwachen. Ein Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft seit 1867 und 71 war die Beseitigung aller Hindernisse der Geschlechtsvermehrung, weil die kapitalistische Entwicklung dazu drängt, die Bevölkerung und somit die Arbeiterzahl zu vermehren. Es wäre aber mehr als wahnsinnig, wenn Sie jetzt glauben machen, daß wir die Ehebestimmungen beschränken und die menschliche Freiheit so unterdrücken wollten, daß der Mensch nicht mehr frei nach allen Richtungen hin seine geistigen und körperlichen Kräfte betätigen könne. Wollten wir diesen natürlichen Entwicklungsbedingungen widerstreben, dann wären wir vom ersten Tage an verloren. Aber weil Sie sich bewusst sind, daß Sie hier vor einer großen Kulturentwicklung ersten Ranges stehen, der die Zukunft der Menschheit gehört, und da Sie diesem Bestreben feindlich gegenüberstehen, darum bekritteln Sie unsere Schilderungen über den Zukunftsstaat so absächtig. Wir können den Erfolg dieser Bestrebungen ruhig abwarten. Was Bachem und Richter hier vortrugen, haben sie schon in ihren Wahlreden und Flugblättern gesagt, die uns als die reinen Nordbrenner und Räuber hinstellen, welche die Kultur zerdrücken und eine neue Barbarei schaffen wollen. Die gläubigen Zuhörer sind meist in vollständiger Unwissenheit über unsere Zustände. Trotzdem ist unsere Stimmenzahl bei den Wahlen immer gewachsen; das beweist, daß noch ein Kern gesunden Menschenverstandes im Volke steckt, trotz aller Bemühungen, ihn auszurotten. Stöder warf uns vor, wir verführten die unwissenden Massen. Aber wenn die Massen unwissend sind, dann tragen Sie die Schuld, denn Sie, die Sie die Macht in Staat und Kirche haben, haben diese Unwissenheit gepflegt. (Widerspruch und Lachen rechts und im Zentrum.) Sie ist das Produkt Ihrer Erziehung oder vielmehr Nichterziehung; wir aber werden jetzt das Volk aufklären. Die Anschauung der heutigen Gesellschaft zeigt sich darin: Die Majorität der Wahlkommission erklärte neulich, wenn ein Arbeiter den Arbeiter zwingt, bei der Wahl in seinem Sinne zu stimmen, so sei das ganz in der Ordnung. Das ist doch eine unerhörte Zumutung. Stumm hat seinen Arbeitern verboten, eine bestimmte Zeitung zu lesen, und Krupp über zwei katholische Blätter den Boykott verhängt, jeden Arbeiter, der sie liest, zu entlassen und wenn er eine Wohnung von ihm hatte, aus derselben hinauszuschießen. Sind das etwa keine Zuchthaus-einrichtungen? Derselbe Krupp hat vor einigen Monaten feierlich durch Erlaß sich bereit erklärt, das Verbot aufzuheben, weil er aus der Haltung der betreffenden Blätter ersehe, daß sie seinen Arbeitern keine Gefahr mehr brächten. Da sind doch die Arbeiter nicht mehr und nicht weniger als Zuchthauskeller. Das allgemeine Stimmrecht haben Sie schon ungern gegeben, und wenn Sie es bis auf diese Seite (links) hin aus der Welt schaffen könnten, würden Sie es thun. Warum haben Sie Ihre Macht im preussischen Abgeordnetenhaus nicht benutzt, um es auch dort einzuführen? Sie haben mit dem neuen Wahlgeseß das elendeste aller Wahlsysteme nicht angetastet. So haben Sie es in allen Einzelstaaten gemacht, Sie wollen den Arbeiter nicht zur Gleichberechtigung gelangen lassen. Ihre soziale und politische Macht zieht Ihnen die Möglichkeit, als Vertreter der herrschenden Klassen in den Parlamenten die Gesetze so zu machen, wie sie Ihnen passen. Von dem bishigen Sozialreform, das wir haben, erklärte Bismarck, daß sie der Sozialdemokratie zu verdanken sei. Wir können als Minorität keine Gesetze machen und doch haben

wir 36 sozialdemokratische Abgeordnete eine größere moralische Gewalt als Sie übrigen 360 zusammengenommen. (Lachen rechts.) Unsere Minorität hat Sie zur Sozialreform gezwungen. Auch in der ersten Thronrede des jetzigen Kaisers wird von dem „guten Kern“ der sozialdemokratischen Bestrebungen gesprochen und eine positive Gesetzgebung in Aussicht gestellt, um dem Arbeiter zu helfen. Was können Sie, Herr Bachem, noch für sozialreformatorische Maßregeln bringen, nachdem Sie die neue Gewerbe-Ordnung gutgeheißen haben? Nur einige Kleinigkeiten können Sie noch bringen, dann ist es alle. Sie sagen, nur der junge Arbeiter folgt uns. Sie irren sich. Es giebt eine ganze Anzahl von alten Arbeitern, gerade so alt wie ich, die vom Anfang an zu uns stand. Zu allen Zeiten hat in der Welt der Jugend die Zukunft gehört. 1 427 000 Wähler haben sich für uns erklärt, wir sind stärker als das Zentrum, das bis dahin für die stärkste Partei galt. Bei den nächsten Wahlen werden wir es mit der doppelten Stimmenzahl schlagen. (Oh!) im Zentrum.) Diese 1 427 000 Wähler sind gerade so gut Sozialdemokraten wie die 1 300 000 Wähler des Zentrums. Zentrumskleute oder die freisinnigen Wähler freisinnige sind. Wollte man die Letzteren examiniert, so würde man auch finden, daß sie nicht Wort für Wort des Programms gutheißen. Das thut auch gar nichts zur Sache, die Hauptsache ist, daß die Wähler uns folgen. Wenn 1 427 000 Männer für eine Partei wie die sozialdemokratische stimmen, die auf das Feindlichste von allen Parteien, die von der Staatsgewalt bekämpft wird; wenn man den Wählern ein Wau! Wau! vormacht und ihnen den leibhaftigsten Fensel präsentiert — dann können wir sagen, sie gehören uns. In meiner Rede gegen den Fürsten Bismarck, als ich versprach, bei anderer Gelegenheit über die Regelung der Produktion und Distribution zu sprechen, habe ich Ihnen sehr viele Aufgaben gestellt: Aufhebung der Zölle aus Lebensmittel, gerechte progressive Einkommensteuer, Besteuerung der Offiziere, der Reichsunmittelbaren, Umwandlung der Armee in ein Volkshier, Gründung internationaler Schiedsgerichte. Was haben Sie von alledem vernommen? Nur die Besteuerung der Reichsunmittelbaren, aber nur, nachdem Sie diesen Herren, die ein ungeheures Vermögen besitzen, aus der Staatskasse 7 Millionen gezahlt hatten. So beweisen Sie Ihre Arbeiterfreundlichkeit! Jenes Versprechen habe ich für meine Person eingelöst durch meine Schrift „Die Frau“. Ich habe mir dann Mühe gegeben, zu schildern, wie sich nach meiner Auffassung die Produktion, Konsumtion, allgemeine Erziehung, kurz alle wesentlichen Interessen der Gesellschaft entwickeln werden. Abg. Bachem weiß nichts vom Zukunftsstaat. Abg. Richter sagt: Das sieht alles in der „Frau“, und giebt sich Mühe, in einer mit guten und schlechten Witz gespickten Rede mich zu widerlegen. Wenn man ernste Bestrebungen damit aus der Welt schaffen könnte, wäre es Herrn Richter vielleicht gelungen. So aber stellt er sich damit nur ein Armutsszeugnis aus. (Rufe: Oh!) Schon in der Broschüre „Unsere Ziele“, welche 1889 erschien, habe ich in Aussicht gestellt, den Zukunftsstaat in allen Einzelheiten darzulegen. Als es sich im November 1888 um eine neuere Auflage dieser Broschüre handelte, habe ich in der Vorrede ausgesprochen, daß ich mit meinen früheren Ausführungen nicht mehr in allen Teilen einverstanden sein könnte. Kann ein Schriftsteller lokaler handeln? Wenn Abg. Stöder am Sonnabend äußerte, daß wir wider besseres Wissen die Massen sanätisieren, so ist das eine Unterstellung, die durch nichts begründet ist. Die nächste, dreizehnte Auflage der „Frau“ wird in noch stärkerer Auflage erscheinen, wie die gegenwärtige, welche in 70 000 Exemplaren aufgelegt ist. Wir gehen heute viel weiter als jemals früher. Das kommt auch im Erfurter Programm zum Ausdruck, verglichen mit den früheren Programmen. Wer diese Programme vergleicht, der muß zugeben, daß unser Programm unendlich viel klarer und in seinen Forderungen weitgehender geworden ist. Kurz nach dem Erfurter Kongress kam die „Kreuz- und Zeitung“ in einer Besprechung zu dem Resultat, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei in Deutschland sei, welche ein klares Programm hat und weiß, was sie will. Eine solche Anerkennung meines entschiedensten Feindes ist mir sehr viel angenehmer, als die schwächliche Kritik der Herren, welche sich über unseren Entwicklungsengang und unsere Bestrebungen sehr genau unterrichtet haben. In den 30 Jahren, welche ich in der Bewegung stehe, bin ich von Jahr zu Jahr weiter fortgeschritten. Das redne ich mir zum Ruhme an. Herr Richter erwähnte unsere früheren gemeinsamen Bestrebungen. Ich habe einen Mauerungsprozeß durchgemacht, Herr Richter und seine Partei nicht. Wir haben uns nach vorwärts entwickelt, er ist entweder stehen geblieben oder hat sich nach rückwärts entwickelt. Abgeordneter Richter hätte seine Reden vor 30 Jahren genau so gehalten wie heute. Er ist fogusagen ein lebendiges Petrusfäß (Heiterkeit), ein Mann, der gar nichts gelernt, aber sehr viel vergessen hat. Vergleicht man das Programm der früheren Fortschrittspartei mit dem jetzigen der freisinnigen Partei, so liegt der Rückschritt auf dem Hand. Wenn wir einen fortgesetzten geistigen Mauerungsprozeß durchgemacht, so haben wir das gemacht, was all die Bestrebungen, die mit dem Fortschritt der Zeit verknüpft sind, ebenfalls thun. Zwar die juristische Wissenschaft ist nicht fortgeschritten. Abgeordneter Bachem hat am vorigen Freitag bewiesen, daß er das Wesen der sozialistischen Gesellschaft weit mehr kennt, als er äußerlich zugeibt. Er hat wohl gefragt, wozu wir ihn verwenden würden; aber nicht, wie wir ihn als Juristen verwenden würden. Er hatte das instinktive Gefühl, daß er als Jurist in der sozialistischen Gesellschaft überflüssig wäre. (Heiterkeit.) Fragen Sie einen Mediziner, einen Naturforscher, Techniker, Ingenieur, wie sich ihre Wissenschaft in den letzten fünf Jahren entwickelt hat. Es giebt keinen Stillstand, „Alles fließt“ nach Heraklit. Wenn die bürgerliche Gesellschaft ihre höchste Blüthe erreicht hat, aber damit auch alle ihre Uebelstände zur Erscheinung gekommen sind, dann ist ein Umschlag in der Qualität die notwendige Folge. Abg. Stöder bemerkte, seine Partei werde in den nächsten fünf Jahren lernen und das Gelehrte im besten Sinne anwenden. Also auch die Herren von der Rechten, welche früher einen Fortschritt der Menschheit überhaupt nicht zugeben wollten, müssen anerkennen, daß es eine Entwicklung giebt. Abg. Bachem meinte ausweichend: wir werden in den nächsten Jahren thun, was erforderlich sein wird. Gerade weil Sie auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, sollten Sie erst recht in der Lage sein, zu sagen, was Sie innerhalb der nächsten fünf Jahre thun werden. Woher wissen Sie, daß Ihre Gesellschaftsordnung überhaupt noch 5 Jahre besteht? (Zwischenruf des Abg. Bachem.) Herr Bachem weiß das freilich, so gewiß, wie er nach dem Tode leben wird. Beweise hat er nicht. Ich habe mich am letzten Sonnabend in der Militärkommission sehr amüsiert, als Herr Richter an die Regierung die Anfrage stellte, welche Ausgaben dem Reiche in den nächsten 5 Jahren auf Grund der vorhandenen Gesetze und Einrichtungen erwachsen würden; da erklärten sämtliche Offiziere: Das können wir nicht sagen. Ich rief damals sofort Herrn Gröber zu: Sehen Sie, das war auch eine Frage nach dem Zukunftsstaat, und man hat sie nicht beantworten können. Die Herren von der Militärverwaltung haben in den Jahren 1887 und 1890 erklärt: Wir sind mit unseren Forderungen fertig. Jetzt kommt man mit großartigen Plänen. Warum? Weil die allgemeine politische

Situation sich so entwickelt hat, daß das früher Verlangte heute nicht mehr ausreicht. Wenn diese Ausmalung Werth haben sollte, so müßte die gesammte Partei darüber verhandeln und Beschluß fassen. Denn man könnte sonst sagen: Das will Bebel, Diebelnecht, Auer, aber was will die Partei? Die Herren von der Regierung sind zum Theil ganz gescheit, und doch müssen die Gesetze mehrfach umgestaltet werden, daß man sie überhaupt nicht mehr kennt. Bei weiterem Nachdenken müßten Sie sich schämen, ernsthaft eine derartige Forderung an uns zu stellen. (Lachen.) Der denkende Arbeiter, Herr Bachem, läuft nicht Ihnen, sondern uns nach (Heiterkeit); er ist Sozialdemokrat. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß dies eigentlich nur eine Verlegenheitsdebatte ist. Sie stellen uns heikle und kühnliche Fragen, um event. Waffen für den nächsten Wahlkampf gegen uns zu gewinnen. Aber Sie täuschen sich. Zur Umwandlung der heutigen in die sozialdemokratische Gesellschaft ist gar kein Waten im Blute nothwendig. Ich kann mir vorstellen, daß die Dinge sich eben so rasch in die neue Gesellschaft umbilden, wie 1870 die Franzosen mit Napoleon fertig wurden. Nicht wir haben die Entwicklung, sondern die Entwicklung hat uns in der Gewalt. Hätte man in der französischen Revolution nicht zugleich die Dinge von Grund aus geändert durch Konfiskation des Grund und Bodens der Geistlichen und Verteilung an die bisherigen Hörigen und Leibeigenen, — das Abschlagen von 30 000 Köpfen von Aristokraten und Pfaffen, wie man sich ausdrückte, hätte nichts geholfen. Es hätte auch so kommen können, wenn man keinen einzigen Kopf abgeschlagen hätte. Darin unterscheiden wir uns von Ihren Vorfahren: wir wissen, daß der Schwerpunkt nicht in den Personen, sondern in den Dingen liegt. Und wenn auch dieser ganze Reichstag ausführte, nach 4 Tagen wäre ein neuer Reichstag da und genau so schön wie der gegenwärtige (Heiterkeit). Wir wünschen sogar, daß Sie bei der Neugestaltung der Dinge zugegen wären, denn es ist besser, Sie ärgern sich daran zu Tode, als daß wir Ihnen ans Leben gehen. Mit seinen nationalökonomischen Anschauungen steht wohl Herr Richter als Unitum in seiner eigenen Partei da. Ich bezweifle sehr, daß z. B. sein Freund Bamberger bereit wäre, alle die ökonomischen Ausführungen, die Richter am Sonnabend gemacht hat, Wort für Wort zu unterschreiben. Dazu ist Herr Bamberger viel zu klug. Er weiß überhaupt viel mehr, als er sich den Anschein giebt. (Große Heiterkeit.) Herr Bamberger ist lange Zeit in Frankreich gewesen, und er besitzt viel mehr Sachkenntnis, als Herr Richter, der eine ganz einseitige Entwicklung gehabt hat, in dieser allerdings Vorzügliches leistet. Herr Richter führt die Krisen auf schlechte Ernten zurück. Warum sind denn aber nicht auch in früheren Jahrhunderten Krisen entstanden, wo doch auch schlechte Ernten waren? Weil eben die Produktionsbedingungen und Instrumente, die wir gegenwärtig zur Baarenerzeugung haben, in jener Zeit fehlten. Die großen Krisen sind eine Folge der großen kapitalistischen Entwicklung. Nicht die Konsumtionsfähigkeit fehlt, sondern die Kaufkraft. Je geringer die Löhne der Massen und je größere Profite in die Taschen der Unternehmer fließen, um so großartiger sind die Krisen und um so länger dauern sie. Könnte man die Konzentration des Kapitals in einzelnen Händen dadurch verhitzen, daß man die Arbeitslöhne um 80 bis 90 pCt. erhöhte, so würden die Krisen sehr bald verschwinden; denn Millionen wären dann in der Lage, mehr auszugeben und Waaren zu kaufen. Es ist nicht wahr, daß in den Versammlungen der Arbeitslosen nur sozialdemokratische Abgeordnete gesprochen hätten. Wir sind den Aufforderungen der Arbeitslosen, sie über die Ursachen der Krisen zu unterrichten, ebenso gern gefolgt, wie es der Abg. Richter in ähnlicher Lage auch zu thun pflegt. Herr Richter bringt ja in seiner Zeitung über die Arbeitslosen-Versammlungen sehr schlechte oder gar keine Berichte; sonst müßte er wissen, daß in diesen Versammlungen sehr viele Arbeitslose redend auftraten. Ich wenigstens habe dort Bedeutendes gelernt. Herr Richter hat gemeint, im sozialdemokratischen Staat könne man die Arbeitslosigkeit auch nicht verhindern. Er ist so in seine bürgerlichen Ideen verannt, daß er sich gar nicht aus der bürgerlichen Gesellschaft herausdenken kann. In seinen Zukunftsplänen“ kritisiert er nicht den sozialdemokratischen Staat, sondern seinen eigenen Zukunftsstaat. Er geht so weit, daß er dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat einen Reichskanzler giebt. Ich wundere mich, daß er nicht auch Capriotti genannt hat. (Rufe des Abg. Richter: Sie haben ja selbst von Beotticher gesprochen.) Er berührt sogar die Stiefelwischfrage. Der Reichskanzler muß seinen Posten verlassen, weil er keinen findet, der ihm die Stiefel wäscht. Herr Richter kann es gar nicht begreifen, daß es möglich wäre, eine Stiefelwischmaschine zu erfinden. (Großes Gelächter.) Sie lachen, ich will Ihnen aber etwas sagen, da werden Sie vielleicht weniger lachen. Kaum war ein halbes Jahr verlossen seit der Veröffentlichung der Richterschen Broschüre, da kam aus Nürnberg die Nachricht, daß ein dortiger Industrieller eine Stiefelwischmaschine erfunden hätte. Es war sogar ein Parteigenosse des Abg. Richter. In Amerika existirt jetzt schon eine Stiefelwischmaschine. Und was ist denn dabei, wenn der Reichskanzler sich selber die Stiefel wäscht? Ich habe sie mein Leben lang gewischt, und thue es heute noch. Ich habe auch im Gefängnis den Fußboden scheuern müssen, und es hat mir auch nicht geschadet. Ist etwa das Stiefelwischen eine unehrliche Beschäftigung? (Widerspruch.) Warum machen Sie denn die Sache so lächerlich? Sie können sich zur Noth das Bett selber machen, Herr Richter. (Heiterkeit.) Diese Einwände sind alle juchstbar lächerlich. Auch heute existirt schon eine gewisse Regulierung der Produktion. Die Herren von Stumm, Hammacher, Dechelhäuser, werden mir bestätigen, daß eine ganze Reihe von Großindustriellen Ringe, Syndikate in den verschiedensten Berufsgruppen gegründet haben, um die Produktion zu regeln. Hier liegen die Keime für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Ich bin ganz damit einverstanden, daß man den Aktionären, wenn man sie auf Schiffe packt, auch noch das Geld mitgibt. Die Gesellschaft wird auch ohne Ihre Geld fertig. Der Abg. Richter hat mich durch den Hinweis auf die Eisenbahnverwaltung zu widerlegen gesucht. Sind wir denn mit dieser Eisenbahnverwaltung zufrieden? Kann sie nicht ebenso gut sein, wie sie schlecht ist? Die Uebelstände liegen nur in den Personen und in gewissen Maximen der Regierung. Wir haben nur zeigen wollen, daß, wenn der Staat schon unter den heutigen bürgerlichen Verhältnissen dazu übergeht, gewisse große Industrien zu verstaatlichen, er dann der zukünftigen Expropriation vorarbeitet und sie erleichtert. Der sozialdemokratische „Staat“ soll ein Zuchthaus und noch schlimmer als der Militärstaat sein. Ja, glauben Sie denn, daß die Arbeiter sich derartige Zwangseinrichtungen, wie sie die Herren Richter, Bachem und Stumm uns voraussetzen, gefallen lassen würden? (Heiterkeit. Abg. Bachem: Das ist es ja gerade!) Sie glauben doch selber nicht, daß die rheinisch-westfälischen Bergwerke im sozialdemokratischen Staat etwa einen Singer zum Direktor wählen würden, obwohl er nicht von diesen Dingen versteht. Alle Ihre Techniker und Ingenieure würden künftig ihre Intelligenz weiter verwenden müssen, schon weil sie leben müssen. Sie können auswandern, meinethwegen, es werden bald Leute da sein, welche das ebenso genau verstehen. (Widerspruch.) Sie haben keine Ahnung, welches Maß von Intelligenz in der Arbeiterschaft steckt. Das ist der ungeheure Vorzug unserer Partei, daß im Staatssozialen und öffentlichen

Leben man gar nicht mehr auskommen kann ohne die Arbeiter, daß die Arbeiter alles wissen, alles können und alles können. Die Menschen werden frei, sie werden gleich sein, sie werden sich endlich einmal als Menschen fühlen. Sie können sich in der freiesten ungehinderten Weise geistig und körperlich entwickeln, und sie werden Freude und Genuß haben, wie es ihnen die bürgerliche Gesellschaft nicht darbieten kann. Die ungeheuren lästigen Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren bösen Leidenschaften, eine Folge der jetzigen bürgerlichen Verhältnisse, werden aufhören. Der Abg. Richter hat meine Auseinandersetzungen über das Wesen und den Begriff des Staats eine Wortklauberei genannt. Er hat dasselbe auch gerufen, als ich sagte: Es giebt keinen Lohn mehr in der sozialdemokratischen Gesellschaft. Ich weiß ja, daß er das Lohnsystem ebenso als eine ewige Einrichtung betrachtet, wie den Staat. Ich will meine Auseinandersetzungen vom Freitag nicht wiederholen, aber ein aus neutralen, wissenschaftlichen Männern gebildetes Richterkollegium würde sicher die Frage zu meinen Gunsten entscheiden. Wo hat es denn in den Anfängen der Gesellschaft, wo Sklaverei und Sklavenarbeit die Produktionsformen beherrschten, ein Lohnsystem gegeben? Es existierte weder unter der Feudalherrschaft noch unter der Leibeigenschaft. Erst mit der Entwicklung von Gewerbe, Handel und der Landwirtschaft hat sich das Lohnsystem herausgebildet. Der Abg. Richter hat auf die Größe seiner „Zukunftsbilder“ gepoht. Ich weiß nicht, in wie viele Sprachen seine „Zukunftsbilder“ übersetzt worden sind. Meine „Frau“ ist bis zu diesem Augenblick in elf verschiedenen Sprachen, zuletzt in das Griechische, übersetzt worden; demnächst wird sie in das Rumänische und Russische übersetzt. Richter's Buch wird vorwiegend von Unternehmern en masse gekauft und bleibt Makulatur; mein Buch wird von den Arbeitern wirklich gelesen, oft ein Exemplar von 40 Männern und Frauen. Die Revolutionierung der Geister findet bei den Frauen den meisten Beschub. Wollte ich die Bestimmungen aus angesehenen Frauenkreisen vorlesen, ich könnte ganze Hände zum besten geben. Sie wissen, daß sie einzig und allein von der Sozialdemokratie die volle Befreiung erlangen können. Herr Richter spottet in seinem Buch über die Zentral-Waschanstalt, die Zentral-Rochanstalt u. s. w. Er scheint gar nicht zu wissen, daß 3. B. in Berlin nur noch wenige Frauen zu Hause waschen lassen, sondern in Zentral-Waschanstalten. Kennt er nicht die Hotels mit ihrer Zentralheizung? Zentral-Rochanstalten giebt es allerdings bis jetzt nur in Kasernen, Gefängnissen, Juchthäusern und Hospitälern. Warum sollte man nicht in solchen Anstalten gut lochen, wie man jetzt schlecht locht? Und bringen nicht schon heute reiche Familien den größten Teil des Jahres in den Hotels an der Riviera, also auch gewissermaßen in Rochanstalten mit Frau und Kind zu? Sie wohnen da viel bequemer und angenehmer als in ihrer eigenen Häuslichkeit, und alles das wird einmal auch in der ganzen Gesellschaft in gleicher Weise zur Durchführung kommen. Wenn das als eine Utopie, als Wahnsinn, Narretei, mit famosen Witzchen (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wähneu) abgethan wird, so bedenkt man nicht, daß man sich damit selber lächerlich macht (Lachen), dasselbe gilt auch von der Frage der Kindererziehung. Als ich ihm neulich zurief, er sei nicht verheiratet, habe ich das nicht gethan, um ihn zu verspotten, sondern um zu sagen: wäre er Familienvater, so würde er eine ganze Reihe von Einwendungen gegen mich nicht erheben. Wenn Herr Richter seine eigene Frau fragen wollte, ob es für sie eine große Annehmlichkeit wäre, von früh Morgens bis spät Abends 3 bis 6 Kinder immer um sich herum zu haben und zu pflegen, so würde sie sagen, sie würde viel darum geben, wenn sie einen halben Tag die Kinder dorthin geben könnte, wo sie gut aufgehoben sind. (Lächerlicher Widerspruch.) Die Frauen der Bourgeois machen sich ja die Sache sehr leicht; sie schaffen sich Kammern an. Die Proletarierinnen sind durch die Fabrikarbeit gestraft, von früh bis spät von den Kindern fernzubleiben und sie zu vernachlässigen. Daher die moralische Degeneration. Selbst der heutige Staat hat kommunistische Anstalten, wenn auch in verfallener Form. Ich betrachte die Kadettenanstalten wahrhaftig nicht als Musteranstalten, aber die besten und edelsten Familien schicken ihre Kinder dorthin. Auch die Spielung der Schulfinder mit Freispiel gehört hierher. Sehr charakteristisch ist, daß man im Hause gelacht hat, als wir für jede Familie eine fremdliche Wohnung in Anspruch nahmen. Dies ist eine Utopie, über die Sie lachen. Sie haben sich überhaupt in den letzten Tagen am meisten selbst ausgelacht. (Auf: Na, na!) Herr Richter will den sozialdemokratischen Zukunftsstaat dadurch widerlegen, daß er in seiner Schrift die „Strampel-Armee“ herbeilagt. Die ist nämlich das kleine Kind der „Spar-Armee“. (Widerspruch des Abg. Richter; große Heiterkeit.) Es thut mir leid, wenn ich Herrn Richter unrecht gethan habe. Aber das Kind stirbt im sozialdemokratischen Zukunftsstaat daran, daß es die Pflege seiner Mutter nicht hat, während der Nacht sich bloßstrampelt und eine Unterkühlkrankheit bekommt. Paßirt das nicht alle Tage in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft? Es ist erwiesen, daß in den Fabrikdistrikten im ersten Lebensjahre 40 pCt. der Kinder sterben, das ist die fremdliche Pflege, die sie in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft bekommen. Herr Richter war sehr entrüstet, als wir erklärten, daß sei nicht denkbar, daß eine Arbeiterin in 5 bis 6 Jahren 2000 Mark ersparen könnte. Ich will zugeben, daß eine Arbeiterin, welche 3 Mark täglich im Hause der Herrschaft verdient und zu Hause nichts abzugeben braucht, in 6 Jahren 2000 Mark zurücklegt. Das ist aber eine große Ausnahme, Reingehalt der Arbeiterinnen verdienen wöchentlich nicht mehr als 6 bis 8 Mark; daher die ungeheure Zunahme der Prostitution. Unter den heutigen Verhältnissen kann der Arbeiter nichts sparen. Dies wäre auch für die heutige Gesellschaft ein Unglück. Im Sparen der Arbeiter hat vielleicht die Industrie ein Interesse. Der einzelne Unternehmer könnte dann auf den Gedanken kommen: die Kerls bekommen zu viel Lohn. (Wo! recht.) Die Hauptsumme der indirekten Steuern wird nicht von den reichen Klassen, sondern von den Arbeitern aufgebracht. Nehmen wir nun an, der Arbeiter rauchte jede Woche zwei Zigarren à 4 Pfennig weniger, so würde das bei 6 Millionen Arbeitern 24 960 000 Mark im Jahre ausmachen, die weniger ausgegeben werden. Es würden insolge dessen über 124 Fabriken eingehen. Eine ganze Anzahl von Arbeitern würde brotlos, Händler, Kaufleute, Knechtmacher würden ihre Existenz verlieren. Tränke jeder Arbeiter in der Woche zwei Glas Bier weniger, so würden im Jahre 62 400 000 Mark weniger ausgegeben und 100 Brauereien ruiniert werden. Ähnlich liegt es bei Schnaps und anderen Artikeln. In einem Artikel der „Vossischen Zeitung“, der von der Unzufriedenheit sprach, hieß es: Aus Unzufriedenheit ist alles Große entstanden, was auf Erden besteht, ohne Unzufriedenheit kein Fortschritt in der Wissenschaft, Unzufriedenheit ist das Prinzip der Bewegung, Zufriedenheit ein Nichtwirdgehen. Diese Worte eines liberalen Blattes überheben mich der Pflicht, weiter darauf einzugehen. Was das Göttaer Programm betrifft, so haben wir zum heraus erklärt, daß dasselbe ein Kompromißprogramm war und nicht 10 Jahre lang bestanden hätte, wenn Sie nicht das Sozialistengesetz gemacht hätten. Abg. Stöder meinte, man dürfe den unmündigen Leuten von 20 Jahren und den Frauen nicht das allgemeine gleiche Stimmrecht geben. Mit 20 Jahren wird ein Mann wehrfähig, mit 21 fähig, sein Vermögen zu verwalten, warum also nicht auch wahlfähig? Mit 20 Jahren wird das Stimmrecht ausgeübt in der Schweiz, in Frankreich, in Nordamerika. Wenn das in diesen Kulturstaaten möglich ist, dann sind wir wohl auch im Deutschen Reich reif genug dafür. Abg. Stöder hat die materialistische Geschichtsauffassung, die wir vertreten, als vollständig unrichtig hingestellt; Muhammadanismus, Christenthum und Reformation wären rein geistige Bewegungen. Wenn er sich mit der Geschichte des Muhammadanismus beschäftigt hätte, so würde er ihn zurückführen können auf rein materialistische Erscheinungen, ebenso das Christenthum. Ohne die Zustände im jüdischen

Reich, ohne die furchtbare Sklaverei, in der sich die unterjochten Völker befanden, wäre es nie und nimmer möglich gewesen, daß die religiösen und sozialen Ideen des Christenthums seinen ungeheuren Ausbruch gefunden hätten. Alle Welt glaubte damals, es handelte sich nicht um ein himmlisches Reich, sondern in erster Linie um ein neues irdisches Reich. Gerade die römischen Frauen, die bei dem Verfall des römischen Reiches in der traurigsten sozialen Lage sich befanden, einerseits, die Proletarier auf der anderen Seite waren es, die den Grundstock des Christenthums bildeten, sie waren die Hauptagitatoren, genau so wie heute die Sozialisten. Die Reformation wäre nicht möglich gewesen ohne die Zerlegung der feudalen Gesellschaft des Mittelalters. Der vollständige Verfall der alten Gesellschaftsordnung hat dazu beigetragen, eine soziale Mäherung in die weitesten Schichten der Bevölkerung hineinzutragen. Als sich Luther im Bauernkrieg gegen die Bauern erklärte, forderten diese ihn auf, zu beweisen, daß ihre 12 Artikel mit der Schrift im Widerspruch ständen. Die Fürsten wurden Anhänger Luther's aus Haß gegen den Kaiser, gegen die Geistlichkeit und deren Herrschaft. Die geistlichen Väter, die die Fürsten selber einlockten wollten und es auch gethan haben, das waren die Hauptmotive ihrer Unterstützung der Reformation. Und angefaßt solcher Thatsachen will Stöder und glauben machen, daß seien rein geistige Bewegungen gewesen. Es war mir sehr interessant, daß der Abg. Richter am Schluß seiner Ausführungen ganz im Gegensatz zu dem hohen Ton, den er bisher angeklungen hatte, dazu überging, ein förmlich elegisches Klagegedicht über die Verhältnisse bei den Wahlen anzuschlagen. Wenn er sagte: „Möglich, daß wir bei den nächsten Wahlen noch mehr in die Mitte hineingebracht werden, aber die Sozialdemokraten klagen ich an, daß es ihre Schuld ist, daß das Bürgerthum seiner alten liberalen Fahne untreu geworden ist“ — so ist das vollkommen richtig. Aber warum? Weil die Sozialdemokratie entstanden und sich weiter ausgebreitet hat, hat die Bourgeoisie aus Angst und Furcht vor diesen Bestrebungen ihr altes Programm in die Tasche gesteckt und ist mehr und mehr zu einer konservativen und reaktionären geworden. Sollen wir aber deshalb aufhören, Sozialdemokraten zu sein? Das hieße ja Selbstmord begehen! Jede Partei, die existirt, hat das Recht zu leben und für ihre Ausbreitung zu kämpfen. Weit entfernt, daß zu bedauern oder darin ein Unglück zu sehen, sehen wir darin ein großes Verdienst unserer Entwicklung. Nicht etwa, daß wir uns freuen, wenn der Liberalismus nichts mehr durchsetzen kann: im Gegentheil, wir sind jederzeit bereit, liberale Anträge zu unterstützen, die heutige Gesellschaft, so lange sie besteht, zu veredeln. Da sehen Sie die Objektivität unseres Standpunktes. Es kann zu einer sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung erst kommen, wenn sich die bürgerliche aufgelöst hat. Darum unterstützen wir alles, was dem Fortschritt der Freiheit der Menschheit dient. Aber das kann uns nicht abhalten, darauf hinzuwirken, daß der Zeitpunkt herbeigeführt wird, wo wir endlich zur Macht kommen und die letzten Ziele unserer Bestrebungen verwirklichen können. Kommt diese Entwicklung dem liberalen Bürgerthum zum Schaden, wir können es nicht ändern. Wir können getrost der Zukunft entgegengehen. Wollen Sie weiter kämpfen, wir sind bereit dazu! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Ich höre, daß der Präsident nur noch solchen Rednern das Wort geben will, die zu dem zur Debatte stehenden Statistikk reden wollen. Ich würde es für angezeigt halten, daß, nachdem nun Abg. Bebel zwei Stunden gesprochen hat, diese Debatte nicht geschlossen wird. Es könnte sonst ein falscher Eindruck, nicht in diesem Hause, wohl aber draußen entstehen, wenn die Ausführungen Bebel's hier unmitdersprochen blieben.

Präsident v. Zeyherow: Es hat nicht in meiner Absicht gelegen, diese Debatte jetzt zu schließen.

Abg. Wüstner (mit.): Keine Entwicklungstheorie kann und darüber trösten, wie Ihr Zukunftsstaat eigentlich beschaffen sein wird. Nie und nimmer hat es eine Kulturstufe mit solcher absoluten Gleichheit unter dem Mangel jeglicher Autorität gegeben, wie Sie sie erdreden. Deshalb waren wir berechtigt, Sie danach zu fragen (Sehe gut!) nicht aus Neugierde (hören wir es. Wir glauben nicht an Ihren Zukunftsstaat. Sie sind nicht im Stande, aufrecht zu erhalten, was Sie darüber früher gedacht haben. Wenn es sich um den Ernst des Lebens handelt, glauben Sie selbst auch nicht daran, das hat man gesehen, als auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie Herr Bebel die Gehaltsfrage des Chefredakteurs Herrn Viebknecht mit den kleinsten Bourgeoisargumenten erledigte. Herr Bebel hat seine eigenen Schriften von 1899 vollständig desavouirt. Woran sollen wir uns nun halten! Sie sprechen immer von der Wissenschaft? Wo steht denn diese Ihre Wissenschaft? Lassalle ist verworren, überall erblickt man bloß Ihren heiligen Marx. Die Hauptleistung dieses Gelehrten ist scharfe, zeretzende, zerstörende, nicht aufbauende Kritik. Alles, was ich heute an wissenschaftlichen Ausführungen und Perspektiven von dem Abg. Bebel gehört habe, das sind wir schon seit 20 Jahren in der Lage gewesen zu vergessen. Und können Sie damit nicht imponiren und dem deutschen Arbeiter mit diesem unendlichen Wortschwall doch auch nicht. Der Arbeiter wird schließlich, wenn er das alles angehört hat, sagen: Glückselig, August, machst das nicht! (Große Heiterkeit.) Das eine Verdienst haben die Reden Bebel's: sie haben den herrschenden Klassen das Gewissen geschärft. Was für die Arbeiter geschehen ist, ist von der bürgerlichen Gesellschaft gesehen. Sie haben Ihre Forderungen so stellen müssen, daß sie uns unannehmbar waren. (Sehr richtig!) Kein Staat hat mehr gethan auf sozialpolitischem Gebiete, als das Deutsche Reich. Das auf diesem Gebiete Geleistete hat für den Arbeiter unendlich viel mehr Werth als die Aussicht auf Ihren Zukunftsstaat. Die absolute Aufhebung des Privateigentums ist das Neue, über das Sie nicht hinauskommen; dies ist der Punkt, an welchem alle Prophezeiungen von einem natürlichen Hineinwachsen einer Gesellschaftsform in die andere scheitern müssen; da wird das Waten im Blute allerdings Thatsache werden, da ist die Revolution unausbleiblich. Sie, die Alten, sind dazu zu bequem geworden, Sie rathen ab, aber die Jungen werden weiter daran arbeiten, diesen unheilvollen Moment über das Deutsche Reich herbeizuführen. Ich hoffe, daß es dann stark genug sein wird, mit seinen gesunden Elementen diese Gefahr zu überwinden. Zu den gesunden Elementen gehören vor allem die Arbeiter, welche Herr Bebel gerade am wenigsten kennt. Wie wenig er sie kennt, geht ja aus seinen Ausführungen über das Sparen hervor. An dieser Verhöhnung des Sparsamkeitstriebes erkennt man recht deutlich, wie sehr Sie sich irren über die sittlichen Kräfte der Menschheit. Der Kampf und Haß gegen die Religiosität als solche, wie Sie ihn führen, ist ungedeiglich. Nie hat es eine Kulturstufe gegeben, die ohne Religiosität hätte bestehen können.

Abg. v. Kocielecki (Pole) stellt fest, daß die Sozialdemokraten, auf die von allen Seiten ihnen vorgelegte Frage über die Gestaltung ihres Zukunftsstaates keine Antwort gegeben, sondern sich um die Antwort mit der Gegenfrage herumgedrückt hätten, wie die anderen Parteien sich nach so und so viel Jahren verhalten würden. Leider sei die preussische Regierung nur zu sehr besessen, den Polen die besten Waffen zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Unglaubens aus der Hand zu winden. Auch sind die Sozialdemokraten nicht die ersten, welche alle weltliche und geistliche Autorität gelegentlich oder doch an ihr gerüttelt haben. Sie haben diesen Haß gegen alle Autorität schon vorgefunden. Der politische Parteihaber hat stets den Respekt vor Autorität außer Acht gelassen. Den Polen soll die Regierung verschöndend gegenüber treten, dann wird sie treue Mitkämpfer in ihnen haben in ihrem Kampfe gegen die Feinde der himmlischen und irdischen Autoritäten.

Abg. Wächem (Z.): Das Eintreten für das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht in Preußen ist zur Zeit aussichtslos. Auf die Frage nach dem Zukunftsstaat ist von Bebel keine Antwort gegeben worden. Wenn er sagt, es gebe überhaupt keinen

Zukunftsstaat, so ist das ein Spiel mit Worten. Ich wünsche von Ihnen ganz genaue Auskunft über die sozialistische Gesellschaftsordnung. Stelle ich die Frage so, dann können Sie mir mit diesem Wortspiel nicht entweichen. Wenn Herr Bebel 1899 der Ansicht war, daß der Plan des Zukunftsstaates bis ins Detail fertig sein müsse, so hat er sich im Verfolg eines Entwicklungsprozesses dahin bekehrt, daß ein solches Programm gar nicht möglich sei, trotzdem aber hat er 1896 das Wärschen über „Unsere Ziele“ neu aufgelegt und sagt in der Vorrede, er veröffentlichte es, weil es einen gewissen agitatorischen Werth habe. Das ist die Quintessenz. Der agitatorische Werth ist die Hauptsache. Unter vier Augen lachen Sie sich an, wie die römischen Figuren, die auch das Volk betrogen. (Sehr richtig!) Ich frage die Herren Sozialdemokraten weiter, wie sie es anfangen wollen, die widerstrebenden Elemente zu bewältigen; wie wollen Sie ohne Jähzorn und ohne Autorität die Leute zum Gehorsam anhalten? Können Sie diese Frage nicht beantworten, so ist es unredlich, ein solches Zukunftsstaatsgebilde zu erstreben. Als Ergebnis der Debatte erkläre ich, daß von einem Zukunftsstaate ebenso wenig wie von einer Revolution mehr die Rede gewesen ist. Sie haben eingesehen, daß die Revolution Ihnen nicht dienen kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ausdrücklich erklärt, die gesellschaftliche Entwicklung nicht gewaltsam fördern zu wollen. Sie wollen Evolution, nicht Revolution, das angele ich fest. Sie hören damit auf, eine revolutionäre Partei zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch davon, daß die soziale Umwälzung nahe bevorstehe, viel leicht spätestens 1908 kommen würde, ist diesmal nicht mehr die Rede gewesen. Ich behaupte dann nur, daß die Arbeiter in Tausenden von Versammlungen gerade mit diesen Mitteln fanatisirt worden sind; es war Ihnen nichts als ein Agitationsmittel. So haben Sie 30 Jahre lang herauf, herab und quer und kreuz Ihre Schüler an der Nase herumgezogen! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was wir sagen, ist oberflächlich, was Sie sagen, ist eitel Wissenschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere ganze Versicherungs- und Arbeiterschutz-Gesetzgebung, auch die Steuerreform in Preußen, ist in gutem Sinne sozialistisch (Widerspruch des Abg. Bebel). Daran folgt aber nicht, daß wir in Ihr Lager übergehen, sondern daß wir weiter gehen auf dem Wege, den wir zuerst und nach uns die verbündeten Regierungen betreten haben. Wir sind praktische Sozialisten. Sie sind Revolutionäre und darum unfruchtbar Sozialisten. Alle unsere Arbeit wird aber nur Erfolg haben, wenn sie durchdrungen ist von dem befehlenden Geiste des Christenthums. Wir lehnen ab die Möglichkeit einer vollständigen Versöhnlichkeit. Wir lehnen alles ab, was zu einem Staat ohne Autorität führt. Wir lehnen unbedingt die Bestrebungen ab, welche der Religion feindlich sind. Der Sieg über das Christenthum führt nur über unsere Leichen! (Zustimmung im Centrum.) Vor den Wahlen und vor der künftigen Entwicklung ist mir nicht bange.

Abg. Richter: In dem großen Brei der Rede des Abg. Bebel habe ich nur wenige Brocken gefunden, welche eine Erwiderung erfordern. Die Schwäche der Rede stand im Gegensatz zu der selbstbewußten Haltung des Redners. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter Gegenschriften ohne weiteres fortschleichen, dann wagen Sie es eben nicht, die Kritik kennen zu lernen. Man wirft mir schlechte und gute Wäse vor; Ihre Wäsen waren bloß von einer Sorte. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat zwei Stunden gesprochen, aber von der Ueberwältigung nichts gesagt, obwohl sie den Himmel auf Erden wieder zerstören muß. Der sozialdemokratische Staat muß sämtliche Aktien für wertlos erklären. Sagen Sie, daß es anders ist! Sie wagen es nicht, eine Antwort zu geben. Ebenso wenig wagen Sie es, über die Milliarden der Spartassen Anstalt zu geben, die aus Arbeiterfreien stammen. (Zwischenruf: Die brauchen nichts mehr!) Also Sie wollen diejenigen, welche vorher gespart haben, die es vorwärts gebracht haben, gleichstellen mit denen, die alles aufgebraucht haben. Ob sie es nicht mehr brauchen, sollen Sie ja erst beweisen; vorläufig fangen Sie damit an, das Eigenthum der kleinen Leute zu vernichten. Die Spartassen stammen hauptsächlich von den Arbeitern. Herr Bebel nimmt zwischen mich und sich Herrn Bamberger zum Richter über die wirtschaftlichen Anschauungen; Herr Bamberger hat mich autorisirt, zu erklären, daß er in allen diesen Fragen mit mir einer Meinung ist. Gewiß entstehen Krisen auch durch falsche Spekulation; aber loben Sie uns doch nicht die früheren Jahrhunderte! Die Organisation der Privatwirtschaft hat gerade die schlimmsten Wirkungen der Missethät befähigt. Haben Sie uns bewiesen, daß bei Ihnen die Krisen ausbleiben? Produktion und Konsumtion müssen dann planmäßig sein; Sie wagen das aber auch nicht einzugesuchen. (Zwischenruf.) Zu einer guten Statistik über Produktion und Konsumtion braucht man doch Ihre neue Weltordnung nicht! Auch der Frage, ob der Lohn ein gleicher sein müsse in seinem Zukunftsstaat, weicht er aus. Wer wirklich von Wissenschaft durchdrungen ist, der spricht nicht immer davon. (Lebhafte Zustimmung.) Autodidakten kommen über die Oberfläche meistens nicht hinaus. Sie hängen sich aber gern das Mantelchen der Wissenschaft um. Das ist das Kennzeichen nicht des wissenschaftlichen Arztes, sondern des Pflüchers. In dem Buche „Die Frau“ heißt es, daß für die gelehrte Arbeit ein Zertifikat gegeben wird, ein gleicher Schein von Gold oder Blech. Bekommt jeder das gleiche Zertifikat, oder bekommt der eine mehr Gold, der andere mehr Blech? (Stürmische Heiterkeit.) Die gleiche Bewertung würde die Produktivität der Arbeit vernichten, ein ungeheures Milliardenbesitz würde entstehen. Sagen wir statt „Staat“ Zwangsgeld. Glauben Sie, diese entbehren zu können? Sie brauchen den Zwang, den stärksten Zwang, der je gewesen. Brauchen Sie Zwangsgeld? (Abg. Bebel: Nein!) Ja, was brauchen Sie denn? (Abg. Bebel: Wer nicht arbeitet, soll nicht essen! Stürmische andauernde Heiterkeit und Bewegung.) Also Arbeitszwang bei Strafe der Verhungerrung. (Stürmische Zustimmung.) In meiner Broschüre sperre man den widerspenstigen Arbeiter die Zweifelhäuser. So genau habe ich Sie erkannt. (Stürmische Heiterkeit.) Sie brauchen ja tausendmal mehr Juristen als der heutige Staat, mögen Sie Ihre Einrichtungen Gesetze nennen oder nicht, namentlich wenn Sie Gehäufrenfreiheit einführen. Die Zerstückung der Familie läugnen Sie. Es soll doch aber nicht mehr gelocht werden im Hause, die Kinder werden fortgebracht, Reinigung zc. wird von den Zentralanstalten vollzogen; was bleibt also von der Häuslichkeit übrig? Ist denn übrigens der pekuniäre Vortheil allein ausschlaggebend? Für die Inponderabillen im Volkleben haben Sie kein Verständnis. Die individuelle Pflege des Kindes in den ersten Jahren des Lebens kann nur im Elternhause geleistet werden. Ich habe nur die Frage in meiner Broschüre erörtern wollen, was wird, wenn der Zukunftsstaat die Sparlastenbücher annullirt? Auf die Stiefelmichfrage würde ich gar nicht gekommen sein, wenn in dem Buche „Die Frau“ die Sache nicht erwähnt wäre. Die Stiefelmichmaschine, die Herr Bebel erwähnt, ist im heutigen Staat erfunden worden, wozu brauchen wir also auf den Zukunftsstaat zu warten? (Stürmische Heiterkeit.) Das Raub der persönlichen Dienstleistung vermindert sich fortgesetzt von selbst ganz erheblich; Sie wollen keinen Reichskanzler; ja irgend eine Oberleitung muß doch sein, von selbst regiert sich die Produktion doch nicht. Ministerien, Reichsämter abwechselnd nach Kurzus ohne Unterschied der Geschlechter wahrgenommen, hatten Sie das heute noch für möglich? (Abg. Bebel: Ich halte alles aufrecht!) Dann machen Sie es uns doch zunächst einmal in Ihrer eigenen Partei vor! (Stürmische Heiterkeit.) Immer sind Herr Bebel, Herr Viebknecht, Herr Singer an der Spitze; und noch weniger denken Sie daran, Ihre Damen an der obersten Leitung zu beteiligen. (Große Heiterkeit.) Eine Broschüre gegen die meinige, welche bei Berlin in Nürnberg erschien, ist von Ihnen auf den Index gesetzt worden. Den lebendigen Petroskaten ziehe ich immer noch dem Ichtsaurus in Eßig vor. Gleichzeitig soll ich mich rückwärts entwickelt haben. Das ist mir bisher bei Petroskaten nicht vor-

gelommen (Stürmische Heiterkeit). Ohne den Fürsten Bismarck und seine falsche Politik ihnen gegenüber wären Sie nie da geworden, was Sie heute sind. Die Sozialpolitik mit ihren Zwangsmaßnahmen entspricht auch zum Teil Anschauungen, welche ein Nährboden für Ihre Ideen sind. Einen berechtigten Kern erkenne ich bei der Sozialdemokratie überhaupt nicht an. Je mehr man durch die dicke Schale durchdringt, um so mehr erkennt man, daß der Kern taub ist. Und das dem Volke klar gemacht zu haben, ist der Werth dieser viertägigen Debatte. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Singer wird die weitere Beratung um 5 1/4 Uhr auf Dienstag 1 Uhr, vertagt.

Tokales.

Von Dr. Franz Meising erhalten wir folgende Zuschrift:

Respected Herr Kollege! Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich nochmals Ihre Unterstützung gegen Verunglimpfungen der kapitalistischen Presse beantragen. In einem am 3. d. M. stattgehabten Prozesse wurde ich als Zeuge vernommen, und der Rechtsanwalt Weschner glaubte meine für seine Mandanten, namentlich den Herrn Julius Schweitzer, belastende Aussage dadurch entkräften zu sollen, daß er in verdächtiger Unterstellung behauptete, ich sei die Unterstüßung des Vereins „Berliner Presse“ bittweise angegangen. Ich stellte darauf fest, daß ich vor mehr als zwanzig Jahren als ganz junger Bursch vorübergehend Mitglied des genannten Vereins gewesen bin und damals gemäß meinem statutenmäßigen Rechte aus der von Mitgliederbeiträgen gespeisten Darlehnskasse ein kleines Darlehen entnommen und zurückgezahlt habe. Der Rechtsanwalt Weschner hatte darauf nicht zu sagen. In den Berichten der bürgerlichen Presse über den Prozeß war meine Aufklärung so ungenau wiedergegeben, daß ich ihnen, soweit sie mir zu Gesicht kamen, eine tatsächliche Berichtigung einsandte. Indessen nur die „Kreuzzeitung“ entsprach meinem Ersuchen in loyaler Weise; kapitalistische liberale Blätter haben meine Einsendung einfach unter den Tisch gemworfen, was bei dieser Sorte ja auch weiter nicht zu verwundern ist; die „Vossische Zeitung“ aber erklärte den Gipfel der Unaufrichtigkeit, indem sie meine Berichtigung durch Streichen falsche und mit Benutzung dieser Fälschungen, sowie mit Huchfälschung der jetzigen Vereinsstatuten, die mich schlechterdings nicht angehen, den Schein zu erwecken suchte, als hätte ich mit dem oben angeführten Thatbestande eine anschaubare Handlung begangen. Ich ersaune darüber um so mehr, als Herr Stephan es doch so leicht gehabt hätte, mich durch einen wirklich nicht ganz so harmlosen Jugendpomp, wie jenes Darlehen, öffentlich bloßzustellen. Vor mehr als zwanzig Jahren hing ich auch einmal bei einem Wucherer, gemeinsam mit Herrn Stephan, nur daß ich ein Studentlein von kaum zwanzig, er aber ein gereifter Staatsmann von vierzig Jahren war, und daß ich dem Wucherer meine 50 oder noch mehr Prozent richtig abgeladen habe, während Herr Stephan sich besaßte, in so enge Beziehungen zu dem Wucherer zu treten, daß er einmal im Erbgange dessen reichlichen Erwerb bis auf den letzten Heller erhalten mußte und erhalten hat. Mir hierüber die Kerzen zu lesen, vergißt Herr Stephan hoffentlich nicht ebenso, wie er die den Lesern der „Vossischen Zeitung“ öffentlich verprochene Aufklärung über seinen in Sachen Marx geleisteten Fallscheid bisher verweigert hat.

Es thut mir leid, verehrter Herr Kollege, Ihren Raum mit einer solchen Lappalie zu beanspruchen, aber ich habe Besseres zu thun, als mich mit der Unaufrichtigkeit des kapitalistischen Pöbels, das auf jener Lebensgeschichte herumtritt, weiter herumzuschlagen, und ich weis auf Erziehung, daß seine summarische Züchtigung im „Vorwärts“ zur Erledigung der Sache genügt.

Mit kollegialem Gruß.

F. Meising.

Die Arbeitslosen von Steglitz haben auf ihre Resolution, welche in der Versammlung vom 9. Januar angenommen und der Gemeindevertretung unterbreitet wurde, in welcher Resolution sie von der Gemeindeverwaltung Arbeit resp. schleimige Inanspruchnahme der Kanalisation verlangten, vom Amtsvorsteher Herrn Zimmermann folgende Antwort erhalten:

Steglitz, den 26. Januar 1893. Auf die am 9. Januar von der Versammlung arbeitsloser Männer im Kurhaus zu Friedenau gefasste und der hiesigen Gemeindevertretung unterbreitete Resolution benachrichtige ich Sie, daß die Gemeindevertretung von der durch die harte Kälte dieses Winters eingetretenen Erwerbslosigkeit vieler Arbeiter theilnehmend Kenntnis genommen hat und gern bereit sein würde, die dadurch in vielen Familien hervorgerufene Bedrängnis durch Inanspruchnahme der Ausführung der Kanalisation zu mildern. Leider sind aber die nötigen Vorarbeiten hierzu noch nicht soweit gediehen, um schon hiermit beginnen zu können, namentlich steht die landespolizeiliche Genehmigung zur Ausführung des Projektes noch aus. So weit die kommunalen Aufgaben es ermöglichen, werden die durch die Witterungsverhältnisse gebotenen Arbeiten zur Ausführung gelangen, um Bedrängten durch Gelegenheit zur Arbeit Verdienst zu schaffen.

Von kommunalen Aufgaben im Interesse Arbeitsloser haben diese, wie uns geschrieben wird, bis jetzt leider wenig verlipst. Als der starke Schneefall war, da wurden ja einmal auf ein paar Tage ca. 100 Mann beschäftigt. Wie viele waren aber arbeitslos? Der „Steglitzer Anzeiger“ schrieb in seiner Nummer vom 31. Januar:

Wie mir aus sicherer Quelle entnehmen, war der dritte Theil unserer für Tagelohn arbeitenden Einwohner ohne Arbeit. 1400 Gemeindeglieder befanden sich demnach in bitterster Noth. Die Gemeindeverwaltung hat sich nach Kräften bemüht, diesen Nothstand zu lindern. In den der Gemeinde gebhörigen Straßen wurden umfassende Reinigungsarbeiten vorgenommen, wohl an 200 (?) Arbeiter sind hier beschäftigt.

Von solchen umfassenden Reinigungsarbeiten haben aber, wie schon oben angeführt, die Arbeitslosen sehr wenig gesehen. Wenn Petrus nicht durch Thaumetter den Schnee befestigt hätte, läge derselbe nach deren Meinung noch jetzt bergebod. Auch sind dieselben der Ansicht, daß die landespolizeiliche Genehmigung zur Ausführung der Kanalisation schon längst zur Stelle sein könnte und daß diese Angelegenheit nicht bis zum Sommer verzögert zu werden brauche, wo dann schließlich polnische und andere Arbeiter, die billiger arbeiten als die ordnungsfähigen Steinerarbeiter, angenommen werden.

Als übrigens der Amtsvorsteher die erwähnte Resolution der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung vorlegte, stellte, wie uns weiter berichtet wird, der deutschfreisinnige Gemeindevorsteher Hünke den Antrag, diese Resolution in geheimer (I) Sitzung zu berathen. Sein Fraktionskollege Dr. Ruge und mit ihm andere Gemeindevorsteher hatten indessen doch das unbestimmte Gefühl, daß es nicht ganz richtig sei, hinter verschlossenen Thüren über die Noth und das Elend der Arbeiter zu berathen, und so fand denn dieser Antrag keine Annahme. Da dies aber nicht immer der Fall sein dürfte, so wäre es sehr angebracht, wenn auch einige Vertreter unserer Partei in der Gemeindevertretung säßen, um dem „Deutsch-Freisinn“ bei ähnlichen Gelegenheiten gehörig die Wege zu weisen.

Ueber die Arbeitseinstellung beim Töpfermeister Pfess in Spandau hatte der dortige „Anzeiger für das Havelland“ einen Artikel gebracht, welcher nicht in allen den thatsächlichen Verhältnissen entsprach. Da das genannte Blatt die Aufnahme einer Berichtigung seitens der streifenden Töpfergesellen ablehnte, so ersuchen dieselben uns um Veröffentlichung folgender Mittheilung:

Der Töpfermeister Pfess zahlte bisher für einen Ofen ohne Medaillon denselben Preis, wie für einen Ofen mit Medaillon. Es entspricht diese Zahlung genau dem bestehenden Lohnsatz, in

dem beide Ofen gleiche Arbeit beanspruchen. Es kann folglich von einer nicht geleisteten Arbeit, wie es in dem Artikel des „A. f. d. H.“ hieß, keine Rede sein. Ueberdies hat Herr Pfess einem großen Theile der bei ihm beschäftigten Gesellen erst Mittheilung von dem Abzug gemacht, nachdem dieselben schon die ganze Woche gearbeitet hatten. Bezüglich der Behauptung, daß die Gesellen trotz des Abzuges wöchentlich 30 M. verdienen können, ist Herr Pfess nicht im Stande, den Beweis dafür zu erbringen. Das Gegentheil können die Gesellen durch ihre Lohnlisten beweisen, welche einen wöchentlichen Durchschnittsverdienst von 15—18 M. ergeben. Es liegt den Gesellen fern, bei der jetzigen Arbeitsnoth übertriebene Forderungen zu stellen und die Arbeit unwillig niederzulegen. Sie verlangen nur die Innehaltung beim Bezahlgang des bislang bestehenden Lohnsatzes und sind der Meinung, daß Herr Pfess hierzu sehr wohl im Stande ist.

Kein Nothstand. Gestern Morgen um 6 Uhr sammelten sich am Dom etwa 800 Arbeiter, welche nach Arbeit fragten. Die Unternehmer hatten nämlich in voriger Woche künstlich auf Arbeit eröffnet. Als den Leuten bedeutet wurde, es könnten keine Arbeiter angenommen werden, entstand natürlich berechtigter Unwille. Nach dem bei uns gültigen sozialen Rezept wurden die Arbeitslosen schließlich von der Polizei zerstreut, wodurch selbstverständlich Nothstand und Arbeitslosigkeit beseitigt wurde.

Ein barmherziger Samariter. Am 31. Januar betrat ein junger Mann in den Abendstunden das Haus Hülfsstr. 13, um in diesem Hause wohnende Verwandte zu besuchen. Auf dem Hofe des Hauses wurde dieser Mann plötzlich von Krämpfen befallen, fiel um und wand sich auf dem kalten, kalten Erdboden hilflos umher. Zufällig den Hof betretende Zeitungsfrauen fanden den Bedauernswürdigen und benachrichtigten sofort den Verwalter des Hauses, den pensionirten Polizeibeamten Lüdke, damit derselbe für den Erkrankten Sorge trage. Die Fürsorge, welche der Herr Verwalter dem Erkrankten zu Theil werden ließ, bestand nun darin, daß er diesen auf den kalten Hausflur des Nebenhauses Nr. 14 schaffte und dort einschliefen ließ. Hier wurde der Betreffende wiederum gesunden. Die benachrichtigte Verwalterin dieses Hauses requirirte schleunigst Polizei, und zwei Schulente schafften den Unglücklichen mittelst Droschke nach einem Krankenhaus. Diese Handlungsweise des pensionirten Polizeibeamten und Hausverwalters Lüdke erregt unter den Bewohnern sowie unter den Anwohnern des Hauses berechtigter Weise große Entrüstung, da sie im höchsten Widerspruch mit den einfachsten Pflichten der Menschlichkeit steht.

Die Bemühungen der Kriminalpolizei, den Mörder der Frau Pechonka und ihres Sohnes zu ermitteln, haben leider noch nicht zu einem bestimmten Ergebnis geführt. Es ist weder geklärt, den etwa 30 Jahre alten Mann mit starkem blonden Schnurrbart ausfindig zu machen, der sich am Tage des Mordes zwischen 5 und 6 Uhr Abends in verdächtiger Weise vor dem Hause Gerichtstr. 43 herumgedreht hat, noch den etwa 20 Jahre alten Mann mit blassem Gesicht und dunklem Winterüberzieher, der ungefähr eine Stunde nach Verübung des Mordes von dem Uhrmacher Wenzig in der Pankestraße einen Schlüssel für eine goldene Damen-Remontuhr verlangt hat. Die Behörden beschäftigen sich mit einer neuen Spur, auf die deren Aufmerksamkeit durch folgenden bemerkenswerten Umstand gelenkt worden ist. Am Tage nach dem Mord, vor 3 Uhr Morgens, erschien in dem Uhrengeschäft Oranienstr. 19a ein junger etwa 20 Jahre alter Mann mit dunkelblondem Haar und blassem länglichem Gesicht. Er trug einen dunklen Winterüberzieher und unter dem Arm ein Paket, das in ein Zeitungsbüchlein gewickelt war. Dieser Mann hat zunächst eine Zylinder-Remontuhr (Nr. 28 983) mit einer Doppelkette gekauft und darauf dem Uhrmacher eine goldene Damen-Remontuhr mit Messingkette und Kette gezeigt und für diese Uhr einen Schlüssel verlangt. Im Laufe des Gesprächs erzählte der Mann, daß ihm seine Tante die goldene Uhr leihweise überlassen habe, bis er in der Lage sein werde, sich selbst eine Uhr zu kaufen. Dieser Mann hat sich in dem Uhrengeschäft Schmidt genannt und bei Bezahlung der von ihm erstandenen Uhr eine neue Börse gezeigt, in der sich viel Silbergeld befand. Dieser Mann ist kurz vorher im Nebenhause in zwei Geschäften gewesen und hat dort Handschuhe und Wäsche gekauft. Im Laufe der Gespräche, die er dort mit den ihn bedienenden Handlungsgehilfen führte, hat der Mann geäußert, daß er seit drei Jahren Kutscher sei, seine Eltern hätten ihn als Spitzbuben bezeichnet, aber jetzt wolle er ihnen doch zeigen, daß aus ihm ein nobler Mann geworden ist. Ob der Mann, der in der Pankestraße für eine goldene Damen-Remontuhr einen Schlüssel verlangt hat, mit dem Mann identisch ist, der in der Oranienstraße die Einkäufe gemacht und gleichfalls einen Schlüssel verlangt hat, ist noch nicht festgestellt. Wahrscheinlich erscheint es ja, und daher wäre die Ermittlung des angeblichen Schmidt sehr erwünscht.

Der verschwundene Gerichtsdassessor Ruchmel hat sich als der irrthümliche, der Kriminalpolizei bekannte Kommiß Oberhard Vitz entpuppt, der aus Daldorf entwichen war.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Morgens fiel vor dem Hause Müllerstr. 55 ein Arbeiter von dem von ihm geführten Müllwagen, wurde überfahren und an der Brust und beiden Unterschenkeln so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus des Paul Gerhardt-Stifts erforderlich wurde. Beim Kuffellen eines Leitergeräths vor dem Hause Leipzigstr. 19 fiel Nachmittags aus dem zweiten Stock ein Brett herab, wodurch eine vorübergehende Dame am Kopfe getroffen und schwer verletzt wurde. Sie wurde nach der Universitäts-Klinik gebracht. Ein Agent fiel vor dem Hause Holzmarktstr. 33 infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den Fuß, so daß er nach der Dr. Habra'schen Klinik, Markusstraße 1, gebracht werden mußte. Auf der Treppe des Hauses Alte Schönhauserstraße 33/34 wurde Abends ein Kaufmann mit einer anscheinend von einem Falle herabhängenden Verletzung am Kopfe bewußtlos ausgehoben und nach der Charité gebracht. In der Nacht zum 5. d. M. fanden die Arbeiter Wilhelm'schen Eheleute bei der Rückkehr von einer Festlichkeit in ihrer Wohnung, Müllerstr. 4, ihren sechsjährigen Sohn im Bette lebend erstickt vor. Der Knabe hat anscheinend ein brennendes Streichholz auf die neben dem Ofen liegenden Preßkohlen geworfen, so daß diese in Brand gerieten, und der Knabe durch den entstehenden Kohlendunst getödtet wurde. Beim Schlittschuhlaufen an der Housseau-Insel fiel ein Kaufmann und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. Er wurde nach der Universitäts-Klinik gebracht. Vor dem Hause Alexanderstr. 40 fiel ein Mädchen beim Besetzen eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde, wurde überfahren und erlitt einen Bruch des Unterschenkels, so daß ihre Ueberführung nach der Universitäts-Klinik erforderlich wurde. Während der Abend-Vorstellung im Jirkus Menz erlitt ein Requisiteur durch unvorsichtige Handhabung einer Patrone eine schwere Verletzung an der Hand. Am 5. und 6. d. M. fanden 9 Brände statt.

Ein Zigaretten-Stummel und das Zeugniß eines zwölfjährigen Mädchens bildeten die Belastungsmomente in einer Anklage wegen schweren Diebstahls, welche gestern den bis dahin gänzlich unbescholtenen Photographen Hans Groch vor die I. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. führte. Die Verhandlung übte eine solche Anziehungskraft auf die Hauptgenossen des Angeklagten aus, daß der größte Theil der Bewohner des

Hauses Lehrterstraße 43o sich im Gerichtssaale eingefunden hatte. Auf dem dritten Hofe dieses Hauses hatte der Angeklagte ein aus Segeltuch hergerichtete Atelier, nicht weit von demselben in einem Outgebäude befand sich die Parterremwohnung eines gewissen Kunick. Am 28. Juni war die Ehefrau des letzteren ausgegangen und hatte aus Irrthum wohl den Schlüssel in ihrer Studenhtür stecken lassen. Als sie nach Hause kam, merkte sie, daß ihr Schlüssel fehlte, glaubte aber, daß sie denselben verloren habe und ging zur Arbeitsstätte ihres Mannes, um sich dessen Schlüssel zu holen. Als sie die Thür geöffnet hatte, bemerkte sie sofort, daß in der Zwischenzeit ein Dieb der Wohnung einen Besuch abgestattet hatte, und unter Weinen und Thränen stellte sie fest, daß eine Kommode erbrochen und aus einer in Schubfächer der letzteren aufbewahrten Sparbüchse die Summe von 27 M. 50 Pf. gestohlen worden sei. Die Hausbewohner steckten die Köpfe zusammen, man stellte allerlei Muthmaßungen über den Spitzbuben an, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Spät Abends glaubte Frau Kunick einen Wink des Himmels erhalten zu haben, denn sie sah in ihrer Stube einen Zigaretten-Stummel an der Erde liegen. Da ihr Mann niemals Zigaretten raucht, der Angeklagte dagegen ein Liebhaber derselben ist, so dämmerte in ihr der Verdacht auf, daß der Photograph der Dieb sein könnte. Dieser Verdacht wurde dann durch das Schlußmädchen Anna Gardes in überraschender Weise bestätigt. Das Mädchen hatte schon am Abende des Diebstahls ihrer Mutter folgende Geschichte erzählt: Sie habe mit ihrem jüngeren Bruder Versteck gespielt, sei in das offene Atelier des Angeklagten hinein gerannt und habe von einem Fenster desselben aus gerade in das Fenster der Kunick'schen Wohnung blicken können und in der letzteren deutlich die Person des Angeklagten wahrgenommen, welcher sich an der Kommode zu schaffen machte und aus einem kleinen Behälter Geld heraus nahm. Die Mutter warnte das Mädchen, etwas von ihren Wahrnehmungen verlauten zu lassen, da sie sich am Ende doch irren könne. Das Mädchen konnte sich aber doch nicht halten und erzählte am nächsten Tage der Frau Kunick ihre Beobachtungen. Es wurde nunmehr Anzeige erstattet und durch die Polizei festgestellt, daß man von dem Standpunkte des Mädchens aus allerdings das betr. Zimmer genau übersehen konnte. Der Angeklagte war ganz entrüstet über die Beschuldigung, bei welcher das kleine Mädchen trotz alledem auch im gestrigen Termin verblieb. Er versuchte durch seinen Vater einen Alibi-Beweis, wonach er Nachmittags in Gesellschaft des letzteren außerhalb des Hauses gewesen sein wollte. Er behauptete ferner, daß das Mädchen gar nicht in seinem Atelier gewesen sein könne, da dieses geschlossen gewesen sei und trat einen umfangreichen Beweis für die angebliche Unaufrichtigkeit des Mädchens an. Schließlich behauptete er, das er das Opfer eines antisemitischen Komplotts sei. Die sehr eingehende Beweisaufnahme ergab aber für alle diese Behauptungen keine Anhaltspunkte, vielmehr wurden die ganze sicheren Aussagen des Mädchens in gewissen Sinn auch dadurch unterstützt, daß sich der Angeklagte gerade an jenem Nachmittage ein neues Jackett gekauft hatte. Der Gerichtshof hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen, verurtheilte ihn zu einem Jahr Gefängnis und ordnete sein sofortige Verhaftung an.

Der Dieb als Gärtner. Der bereits drei Mal wegen Diebstahls, zuletzt mit einer noch nicht völlig verbliebenen fünfjährigen Zuchthausstrafe vorbestrafter ehemalige Privatdetektiv Friedrich Wilhelm Karpe wurde gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts I. vorgeführt, um sich wegen eines schweren Diebstahls zu verantworten, dessen Thäterschaft Karpe nachträglich von einem früheren Diebgenossen bezeugt worden ist. In der Nacht zum 30. September 1891 wurde bei dem Kaufmann Heymann in der Oranienburgerstraße eingebrochen und von den Dieben erhebliche Beute gemacht. Nachdem der Angeklagte wegen eines in Landsberg a. W. begangenen Einbruchs verurtheilt worden war, wurde dem Kriminalkommissar Reßmann mitgeteilt, daß Karpe auch den vorerwähnten Diebstahl begangen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden drei Schlüssel gefunden, die von den Dieben in der Heymann'schen Wohnung gestohlen und zur Vernehmung der dortigen Wächter benutzt worden waren. Kriminalkommissar Reßmann erklärte im gestrigen Termine, daß auch der schlaueste Verbrecher irgend eine Dummheit zu begehen pflege, die ihn dem Gerichte überliefern, im vorliegenden Falle müsse Karpe die Dummheit begangen haben, die verrätherischen Schlüssel mitzunehmen. Dieser bestritt mit Entschiedenheit seine Schuld. Die Schlüssel habe der Drechslermeister N. bei ihm liegen lassen, durch seine Verhaftung sei er verurtheilt worden, dieselben an N. zurückzugeben. Der Gerichtshof folgte dem Antrage des Angeklagten und vertagte die Verhandlung, um zu versuchen, den vorgeschlagenen Zeugen zu ermitteln.

Breslau, 5. Februar. Der Telegraph hat schon den Ausgang des Sensationsprozesses Schwand gemeldet. Der Hauptangeklagte, so berichtet die „Volls.-Ztg.“, der dem ganzen Prozesse den Namen gab, der 73jährige Dr. med. Schwand, muß seine Verbrechen gegen das keimende Leben mit 10 Jahren Zuchthaus, der Pleitenant und Rittergutsbesitzer Georg Tiege mit 1 Jahr Zuchthaus und der Baumunternehmer Leberecht Scholz (wegen Aufforderung zur Verübung des Verbrechens) mit 3 Monaten Gefängnis büßen. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In dieser Freisprechung liegt die Ueberwältigung, auf die hier das sensationellste Publikum, welches den 14 Tage unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten Prozeß bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten erörterte, allerdings nicht gefast war. Angehörigen dieser Erde von Angeklagten und diesen selbst konnte solcher Ausgang natürlich nur erwünscht sein. Wären doch sonst zahlreiche Familien verschiedener Gesellschaftsklassen in Mißthätigkeit gezogen worden. Unter den weiblichen Angeklagten waren vier Wirtschaftlerinnen, drei Gastwirthinnen, eine Brennereibesitzerin, die Tochter einer Hausbesitzerin und Brant des verurtheilten Pleitenants Tiege, eine Erzherzogin aus Breslau, eine Verführerin aus Breslau, eine Wählendbesitzerin aus Oberschlesien, eine Kaufmannsrau aus Berlin. Und die männlichen Angeklagten, soweit sie frei ausgingen, waren ein Lotterte-Gewinnnehmer, ein Redakteur, ein Gasthauspächter, Kaufleute und Eisenbahnbeamte. Gegen eine Person, und zwar gegen die flüchtig gewordene Schneiderin Germinie Nieschke, die inzwischen Amerika erreicht hat, schwebt das Verfahren noch. Ein Angeklagter hat sich vor der Verhandlung entkeid. Bemerkenswerth ist, daß auch mehrfach Eheleute auf der Anklagebank saßen. Viel erörtert wurde hier auch die Veranlassung zu diesem weit über die Stammreihe unserer Stadt hinaus Aufsehen erregender Prozesse. Sie ist in Berlin zu suchen. Wegen die dortige Hochkaplerin Leuchert in Berlin, welche ihre 14jährige Tochter reichhaltigen Wählungen verstopft hatte, war von der Berliner Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. Bei einer in Verlauf derselben erfolgten Hausdurchsuchung wurde ein Brief vom hiesigen Dr. Schwand vorgefunden, worin sich derselbe bereit erklärte, die Tochter der Frau Leuchert in Behandlung zu nehmen, doch müsse sie nach Breslau kommen. Zur Behandlung kam es in diesem Falle aber nicht mehr und Dr. Schwand wurde hier und auf Grund des § 49a des Str.-G.-B. angeklagt. Aber gerade dieser Brief war Dr. Schwand's Verderben. Die Staatsanwaltschaft in Berlin veranlaßte die Untersuchung der Breslauer Wohnung Dr. Schwand's und hierbei wurden Geschäftsbücher und Korrespondenzen beschlagnahmt, aus denen die Namen der Angeklagten hervorgingen. In einem Briefe des Pleitenants Tiege hieß es: „Ich muß Sie bitten, abermals die Behandlung meiner Brant zu übernehmen, da unsere Hochzeit wieder in unbestimmte Ferne gerückt ist.“ Es war nach den Ermittlungen des Staatsanwal-

Gerichts-Zeitung.

Ein Zigaretten-Stummel und das Zeugniß eines zwölfjährigen Mädchens bildeten die Belastungsmomente in einer Anklage wegen schweren Diebstahls, welche gestern den bis dahin gänzlich unbescholtenen Photographen Hans Groch vor die I. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. führte. Die Verhandlung übte eine solche Anziehungskraft auf die Hauptgenossen des Angeklagten aus, daß der größte Theil der Bewohner des

schast 10 Jahre mit einer hiesigen Dame verlobt, die denn auch angeklagt wurde. Indes nahm Lieve alle Schuld auf sich und erklärte, es hätte sich um eine andere Dame, die jetzige Gattin eines hohen Beamten, gehandelt, die er fälschlich für seine Braut ausgegeben habe. Die wirkliche Braut wurde auf Grund dieses Geständnisses freigesprochen, für Lieve selbst aber reichlich die Geschwornen ein Gnadengesuch ein. — Das ist ja auch die Hauptsache.

Leipzig, 6. Februar. Das Reichsgericht hat die Revision des Taubstummenlehrers Heidrich in Breslau, welcher wegen Verleumdung des Direktors der Provinzial-Taubstummen-Anstalt in Weisenfels vom Landgericht in Breslau am 3. November v. J. zu einer Geldstrafe verurtheilt war, verworfen. Es handelte sich um die seinerzeit großes Aufsehen erregende Broschüre des Heidrich: „Notbschrei eines Taubstummen“, in welcher unter anderem die in der Anstalt zu Weisenfels angewandten Zwangsmittel und Mißhandlungen geschildert waren, mittels welcher den Taubstummen die Lautsprache beigebracht würde.

Verfammlungen.

Im Fachverein der Bildhauer hielt am 30. Januar der Direktor der Berliner Sternwarte, Herr Dr. Paul Förster, einen Vortrag über das Thema „Wissenschaft und Menschenwohl“. Des Raumes wegen ist es uns leider nicht möglich, die ausgezeichneten Darlegungen des Redners wiedergzugeben; es möge daher die Mittheilung genügen, daß Herr Dr. Förster in der Versammlung ein aufmerksames und dankbares Publikum fand, welches seinen Vortrag mit reichem Beifall lobte. Nach Beendigung desselben bewilligte die Versammlung den Vetter Kollegen, welche für den nächsten Sonntag kämpfen, eine Unterstützung von 150 M. Sodann wurde bekannt gegeben, daß am 1. Juli für die Wittigkinder die Arbeitslosen-Unterstützung in Kraft tritt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn G. Habrecht, Große Frankfurterstraße 20: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Richard Pflüger.

Öffentliche Versammlung aller in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie beschäftigten Arbeiter am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, in dem „Concordia-Hotel“, Andreasstraße 64. Tagesordnung: Ist ein Kartell der Organisations der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie von Vorteil? Referent: G. Kretschmer; Korreferent: Wösch.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Sonderverein Berlin). Versammlung Annenstraße 16, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: Beratung des Reglements der Unterrichtskommission.

Nationale hauswirthliche Kranken- und Sterbekasse. Dienstag, den 7. Februar, 8 Uhr, im Restaurant W. Wobenberg, Romanbänkchenstr. 10/11: Vorstandssitzung.

Completter Verein „Solidarität“. Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, bei Herrn B. Wobenberg, Annenstraße 16. Geschäftsversammlung. Tagesordnung: Wahl des ersten Schriftführers.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abends 8-10 Uhr: Sächsisch u. e. Hörsaal, Friedrichstraße 123: Unterricht in Deutsch (mittleres und unteres); Sächsisch u. e. Hörsaal, Friedrichstraße 123: Unterricht in Deutsch (mittleres und unteres); D. S. Schule, Wartenbergstr. 21: Unterricht in Deutsch (mittleres und unteres); D. S. Schule, Wartenbergstr. 170: Geschichte (neue), hauswirthliche Reden, Wechseltisch und Korrespondenz. In allen Fächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Ges. und Pionierschule. Dienstag, „Empor“, Abends 8 Uhr, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 21.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kortum, Wartenbergstr. 70. Dienstag, Abends 8 Uhr, Neuhofstraße. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei G. Wobenberg, Wartenbergstr. 114. — Olympia, Alte Jakobstr. 68 bei W. Wobenberg. — Schildhorn, Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg. — H. H. H., Wartenbergstr. 114 bei W. Wobenberg.

Berliner Turngenossenschaft. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Theater-Verein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

Turnverein. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindegasse, Blumenstr. 63a.

mit Deutschland über Sahnitz herzustellen, sind vergeblich gewesen. Nachdem die Dampfer „Poseidon“ und „Bohnia“ ihre von Sahnitz aus unternommenen Versuche, durch das Eis zu kommen, hatten aufgeben müssen, wurde am Donnerstag der Bergungsdampfer „Neptun“ beordert, von Wisby nach Sahnitz zu gehen. Am Sonnabend ist „Neptun“ zurückgekehrt, da es ihm unmöglich war, durch das schwere Eis in der südlichen Ostsee nach Rügen zu kommen.

Briefkasten der Redaktion.

6. 1888. Falls Sie wünschen, daß der „Vorwärts“ sich mit der Angelegenheit befassen soll, müssen Sie Abends zwischen 7 und 8 Uhr auf der Redaktion vorsprechen.

E. A. Wenden Sie sich an die Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“.

W. W. Tempelhof. Der betreffende Artikel ist für uns nicht verwendbar. Brauchbares wird stets genommen; einen Mitarbeiter-Ring giebt's nicht. Von wem haben Sie sich eine solche Unvernunft auszuwaschen lassen?

E. A. Düsseldorf. Wenn Sie Parteigenosse sind, ja!

C. P. Sie können Namens Ihrer Frau Verleumdungsklage anstellen, auch den Vorfall der Armen-Direktion (Mathhaus) im Wege der Beschwerde unterbreiten — aber ohne Beweis ist das nichts durchzuführen, im Gegentheil. Daß man Ihrer Frau Glauben schenken wird, daß sie von dem Herrn unarmt und gelübt ist, ist sehr wenig wahrscheinlich, weil Ihre Frau Partei ist.

Lehmann. Ja.

R. D. in W. Er ist strafbar, falls er nicht Unabkömmlichkeit und dergleichen durch die dortigen deutschen Behörden konstatirt. Von dem Detail des Falles, der uns nicht geschildert ist, hängt Art und Höhe der Strafe ab. Liegt nicht Entscheidung von der Bestimmung — oder von der Wehrpflicht vor, so ist eine ganz unbedeutende Strafe zu erwarten.

E. W. L. Klage ist möglich, aber ohne subtile Führung durch einen Anwalt zweifelhaften Erfolges.

R. 150. Die Anwaltskosten hat der zu erstatten, der den Anwalt bevollmächtigt hat. Haben Sie aber die Kosten im Vergleich übernommen, so ist der gegen Sie gerichtete Anspruch gerechtfertigt. Eine Spezialirung der Kosten dürfen Sie dann verlangen.

G. S. 20 („Kurze Antwort“). 1. Nein. 2. 12—15 M. 3. Nein.

Stephanstraße. Wenden Sie sich mit dem Ersuchen um Auskunft an Dr. Jadel, Annenstr. 46, oder Dr. Christeller, Alexanderplatz 2.

S. S. 300. 1. Ja. 2. Ja.

J. B. Er kann nur wegen der Pechschuld klagen und dann die zurückgehaltenen Sachen pfänden lassen.

C. W. 29. Abg. Dieß wohnt in Stuttgart, ist zur Zeit nicht hier; Dr. Wehring wohnt in Berlin, Derfingergasse.

R. W. Ob die Schankkonzession verweigert werden kann, hängt von dem Grunde Ihrer Bestrafung, nicht von der Strafhöhe ab.

Otto R. 1. Rob. Seidel, Redaktion der „Arbeiterstimme“, Zürich, genügt. 2. Weder die Gemeinschaft, noch der Vorstand sind mit Sicherheit als Verleger zu zeichnen berechtigt. Das Verlagsrecht u. s. w. wird am praktischsten von einer Person ausgeübt. 3. Besser ist, nicht unter dem Namen des unpolitischen Vereins quittiren zu lassen. — Wegen des Verlagsrechts sprechen Sie vielleicht einmal zwischen 12 und 1 Uhr vor.

Schidrick. 1. Eine Ueberwachung der Führung von Büchern, eine Revision derselben, kurz Sondervorschriften bezüglich der Führung und Einrichtung der Bücher, wie solche für Pfanbleiter u. s. w. bestehen, bestehen für Kaufleute nicht.

W. S. 100. Das ist durch den Inhalt Ihres Miethsvertrages, der uns nicht vorgelegt ist, bestimmt.

M. Kfr. Handlungsgehilfen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 M. sind versicherungspflichtig.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: Gefangener Harmonie, Tempelhof 7, 10 M. Tischlerwerkstatt Kölln 5.—. Vom sozialdemokratischen Verein Vorwärts, Nixdorf 20.—. Holztragegeld Wrangelfstr. 33 II 2.—. Pianofabrik Gast u. Co., Fruchstr. 8, 18.85. Gefangener Kornblume u. Deutsche Gasse 10.—. Vom Freien Distriktsverein 6.40. Maschinenfabrik Giebel ob. Saal durch Werner 1.35. Bühnenverband Normannia 10.—. Altgerdorfer durch Hertwig 27.—. C. Müller, Marken- und Stempelwerk Schleich 5.—. Von den Genossen d. W. R. in Döbeln 10.—. Verein der Bauanschläger 150.—. Gesammelt durch H. Kuske 4.80. G. S. Mariannenstraße 4.—. Tischlerei S. und U., Waldemarstr. 4.—. Durch Freese von Angelforbarbeitern 4.20. Tischlerwerkstatt Siewert, Radesdorferstraße 26 3.80. Verein der Lithographen, Steinbruder und Berufsgegenossen Deutschlands durch Siller, Titale Berlin, Liste Nr. 3 1.—. Nr. 6 10.55. Nr. 7 2.50. Nr. 8 5.10. Nr. 9 9.60. Nr. 13 12.65. Nr. 14 2.85. Nr. 15 2.05. Nr. 16 35.15. Nr. 20 8.55. Nr. 23 16.95. Nr. 24 6.70. Nr. 25 8.—. Nr. 26 19.95. Nr. 29 6.05. Nr. 31 7.15. Nr. 32 9.20. Nr. 33 13.15. Nr. 34 10.80. Nr. 35 1.05. Nr. 36 16.20. Nr. 37 7.10. Nr. 38 2.50. Nr. 39 3.65. Nr. 40 0.80. Nr. 41 2.90. Nr. 48 1.40. Nr. 49 5.70. Summa 629.75. Verreist quittirt 9077.70; in der Sonnabendnummer ist statt 8877.95 nur 8854.95 quittirt, demnach in Summa 9624.45 M.

Vermischtes.

Choleraanachrichten. Halle a. d. Saale, 4. Februar. Der „Halleischen Zeitung“ zufolge ist in der Provinzial-Irrenanstalt zu Nienleben am Donnerstag ein Todesfall und am Freitag eine neue Cholera-Erkrankung vorgekommen. Vier verdächtige Fälle sind in Beobachtung genommen. Gestern ist ein Irrenjünger aus der Quarantäne entwichen. Aus Lettin und Gröbnitz wird je ein Todesfall infolge von Cholera gemeldet.

Zur Cholera. Hamburg, 6. Februar. In Altona sind gestern 4 Erkrankungen und 2 Todesfälle infolge Cholera festgestellt worden.

Die Cholera-Kommission des Senats theilt mit, daß in Hamburg heute kein Cholerafall konstatiert wurde.

Zusammenstoß. Langenweddingen, 5. Februar. Personenzug 208 Magdeburg-Halberstadt, welcher Personenzug 426 Magdeburg-Stahfurt in Langenweddingen überholen sollte, ist auf dieser Station aus noch nicht aufgeklärter Ursache auf den Zug 426 aufgefahren. Beide Gleise gesperrt; 3 Reisende und 1 Bahnbeamter haben Arm- und Beinbrüche nicht komplizierter Natur erlitten, 7 andere Personen leicht verletzt. Körperliche Hilfe zur Stelle. Schwere verletzt sind vier: Chauffeurwärtter Klobach aus Köchstedt, Arbeiter Heinrich Voh aus Wledendorf, Karpenterwärtter Heuer aus Magdeburg, Tischlermeister Wilsleben aus Egeln. Nach Anlegung des Verbandes erstere drei nach Magdeburg behufs Unterbringung in ein Krankenhaus, letzterer in die Heimath befördert. Personenverkehr theils durch Umsteigen, theils durch Umleitung aufrecht erhalten. Wiederaufnahme des eingestellten Betriebes bis Sonntag Vormittag zu erwarten.

Wassernoth. Lütlich, 3. Februar. Das Austreten der Maas nimmt einen großen Umfang an. Die Landschaft zwischen Angleur und Liff ist vollständig überschwemmt. In vielen Dörfern müssen die Einwohner die erste Etage bewohnen.

Ein Erdbeben hat auf der Insel Zante stattgefunden und arge Verheerungen angerichtet. Hundtaufend Personen sind zur Zeit auf der Insel obdachlos. Das englische Kriegsschiff „Camperdown“ und drei griechische Kriegsschiffe sind in den Hafen von Zante eingelaufen, um Hilfe zu bringen.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Offen a. d. Ruhr, 5. Februar. Die heutige von ca. 190 Personen besuchte Bergarbeiter-Versammlung schloß sich den am 2. Februar er. in Bochum gefaßten Beschlüssen an. Verschiedene Redner agitirten lebhaft für einen deutschen Bergarbeiterverband.

Kopenhagen, 6. Februar. Bei der ersten Lesung des von dem Sozialdemokraten Hørdum eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Festsetzung des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit bei der Liquidation staatlicher und kommunaler Bauten sprachen der Minister des Innern sowie mehrere Abgeordnete sich bestimmt gegen denselben aus, hervorhebend, daß dem Staat und den Kommunen das Recht zur Benutzung der freien öffentlichen Konkurrenz verbleiben müsse. Der Gesetzentwurf wurde zur zweiten Lesung und an einen Ausschuß verwiesen.

Stockholm, 6. Februar. Alle auf Veranlassung der General-Postverwaltung angestellten Versuche, eine Winterpostverbindung

Große öffentl. Versammlung

der Bäcker, Müller, Konditoren, Pfefferküchler, Schlächter, Brauer, Kellner u. Tabakarbeiter

am Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Konkordia-Festhallen, Andreas-Strasse Nr. 64.

Tages-Ordnung:

Ist ein Kartell zwischen den Organisationen der Nahrungsmittel-Industrie den betreffenden Arbeitern von Vortheil? Referent: G. Kretschmer. Korreferent: E. Pötsch.

Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Die Einberufer: Schlüter, Sperber, Ebert.

Achtung! Klempner. Achtung!

Große öffentliche Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Klempner, Berlins und Umgegend

am Donnerstag, den 9. Februar, in den Grätweil'schen Bierhallen.

Tagesordnung:

1. Aufstellung der Kandidatenliste zur bevorstehenden Delegirtenwahl der Orts-Krankenkasse. 2. Verschiedenes.

Legitimation als Kassenmitglied erforderlich.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40. Spr. 11—12, 4—5. Etg. 9—10.

Größtes Lager Berlins

Kinderwagen. Andreasstr. 23. Sp.

Grüntramegeschäft, Obst, Gemüse, Koralle, Rolle, w. Kranzheit d. Frau z. verk. Wiesenstr. 15. [116M]

Kanarienvogel 5 M. Wübchen 1.50 M., Heubauer 2.50 M. 86082* Schnelle, Stalherstr. 182.

Kanarienvogel billig zu verkaufen bei Eichelmann, Belfortstr. 18. 12476

Zieh-Sund, Wiesenstr. 15. 1159R

Grünauerstr. 25, 1 Etage und Küche, auch 2 Stuben und Küche, Korridor, Keller und Boden sofort zu vermieten, auch zum 1. April 1893. *

Möbl. Zimm. z. verm. Ewinemünderstraße 49a, v. L. h. Brinkmann, Br. 109R.*

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 84982

Schmerzloses Zahn-, Nerv. Säug., Faldenpfeinstr. 32.

Achtung!

Freie Vereinigung der Getreideträger (Schipper) und Speicherarbeiter.

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Salon Köllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen F. Bauer über: Versprechen und Hallen der Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber. 2. Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

50 Mark zahle dem, der mir eine gute Bau-Kantine nachweist. 1244b Damm, Weissenburgerstr. 30.

Weiche Käufe und Lachtauben kauft stets Redtmann, Stralauer Platz 21. 1198b*

Achtung!

Allen Genossen und Freunden zur Kenntniß, daß ich Wienerstr. 39 ein Fleisch- u. Wurstwaren-Geschäft verbunden mit Butter- und Käse-Handlung eröffnet habe. Ich empfehle alles zu den billigsten Preisen.

1246b

Rindfleisch	45—50 Pf.	Zwiebelwurst	50 Pf.
Kaltfleisch	40—50	Preßwurst	50
Gammelfleisch	40—60	Schlachtwurst	von 1.00 M. an.

erner Schweinepöckelfleisch von 35 Pf. an. Butter u. Käse zu den billigsten Preisen.

Wienerstr. 39. Otto Treptow. Wienerstr. 39.

Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. Musikwerke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.

Aug. Kessler, 51. Laufigerstr. 51. 8637L*